

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

## Band 12

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/126

#### Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands → BRD + DDR = DDR 2.0, Teil 3

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Dezember 2017 (x892/...): >>>Der totalitäre Dämon der Demokratie

Osteuropäer, die lange Zeit unter einer kommunistischen Diktatur gelebt haben, sind oftmals empfindsamer und nachdenklicher, wenn es um eine politische Analyse der modernen liberal-demokratischen Gesellschaft geht, die sie seit den 1990er Jahren kennenlernten. Eine der besten Analysen dieser Gesellschaftsordnung, die inzwischen die gesamte westliche Welt erobert hat, findet sich in dem soeben in deutscher Übersetzung erschienen Buch des polnischen Philosophen Ryszard Legutko: Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften. ...

#### **Kommunismus und liberale Demokratie haben die gleichen Wurzeln**

Ausgangspunkt der Analyse der liberalen Demokratie ist die These des Autors, die er bereits in den 1980er Jahren bei Besuchen in Westeuropa entwickelt hat, daß der Kommunismus und die liberale Demokratie die gleichen Wurzeln haben. Das bedeutet natürlich nicht, daß beide dasselbe sind. Beide Systeme sind allerdings hinsichtlich des Totalitarismus, der in ihnen liegt, nicht wesentlich, sondern nur graduell verschieden. Selbstverständlich gibt es in den liberalen Demokratien keine Verhaftungen, Gefängnisstrafen oder Folter wegen abweichender Meinungen, wie im Kommunismus.

Auch andere abartige Erscheinungsformen des Kommunismus sind dem Liberalismus fremd, doch der Liberalismus ist gerade deswegen viel erfolgreicher in der Durchsetzung seiner Ideologie. Menschen die nicht mitmachen werden sozial isoliert, für extrem rückständig erklärt, als Rechtsradikale verunglimpft und auf vielfache andere Weise aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, das dadurch immer einförmiger und gleichgeschalteter wird.

Immer weniger Menschen wagen es so, grundsätzlich die liberale Demokratie in Frage zu stellen und passen sich an. Dies gilt besonders auch für kirchliche Gemeinschaften. Die europäischen katholischen Kirchen haben inzwischen mehr oder weniger vollständig sich der Ideologie der liberalen Demokratie unterworfen und gehören oft zu den entschlossensten Verteidigern derselbe, was besonders in der gebetsmühlenartigen Wiederholung der "Menschenrechte" zum Ausdruck kommt, die eine der wichtigsten ideologischen Bestandteile der liberalen Demokratie ist.

#### **Die Ideologie der Gleichheit**

Das gemeinsame Fundament von liberaler Demokratie und Kommunismus ist nach Legutkos Analyse die *Ideologie der Gleichheit*. Diese Ideologie ergreift immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens und dringt bis in die Schlafzimmer der Eheleute ein. Es geht dabei schon lange nicht mehr um eine Gleichheit vor dem Gesetz, sondern um eine Gleichheit in allen Bereichen, um eine totale Gleichschaltung des gesamten Lebens.

Von hier aus sind die Ideologien des Feminismus, des Genderismus, der "Ehe für alle", der

Menschenrechte und vieles mehr zu erklären, aber ebenso der Haß gegen jede Hierarchie und Ordnung in der Gesellschaft, der Haß gegen die Familie und alle natürlichen Gemeinschaften wie Volk und Nation, die stets in sich hierarchisch gegliedert sind und deshalb nach Auffassung der Kommunisten und der liberalen Demokraten vernichtet werden müssen. ...

"So ist die liberale Demokratie - wie der Kommunismus - zu einem System geworden, das alle Lebensbereiche durchdringt". "In gewisser Weise ist die liberale Demokratie eine viel heimtückischere ideologische Mystifikation als der Kommunismus."

### **"Menschenrechte"**

Ausführlich kommt der Autor auch auf die Ideologie der Menschenrechte zu sprechen, die von liberalen Demokraten ununterbrochen herausgestellt wird. Allein dies sollte Grund genug sein, daß Christen sich von diesem Begriff fernhalten. Es beginnt mit der Veränderung des Begriffs der menschlichen Würde, die jedem bedingungslos zukommt, was eine wesentliche Veränderung dieses Begriffs im Vergleich zur Antike und zum Mittelalter darstellt.

Der klassische Würdebegriff ist mit einer Verpflichtung verbunden, er hängt mit einem tugendhaften Leben zusammen. Von dem "angenommen wurde, er besitze Würde", von dem "wurde erwartet, daß er sich seiner höheren Stellung entsprechend benahm". Würde mußte erworben werden durch ein vorbildliches und tugendhaftes Leben und konnte auch wieder verloren gehen, wenn er würdelos handelt. ...

Nur das Naturrecht bietet ein Fundament für wirkliche Rechte des Menschen und für eine menschliche Würde. Doch genau dagegen wendet sich die Menschenrechtsideologie und die dazu gehörende "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948, wie der Autor des Buches zeigt. "Die Würde, so wie sie in der "Deklaration der Menschenrechte" interpretiert wird, hat nichts mehr mit Verpflichtungen zu tun, sondern mit Ansprüchen und Berechtigungen." ...

### **Radikaler Totalitarismus**

"Wir beobachten seit einigen Jahrzehnten die Entstehung eines liberal-demokratischen allgemeinen Willens", einer Idee, die auf Rousseau zurückgeht und an die Stelle des Gemeinwohls tritt. Diese Idee des "allgemeinen Willens" impliziert einen radikalen Totalitarismus, der das gesamte öffentliche und private Leben durchdringt.

"Durch die Tätigkeit und den Geist der Menschen kann der liberal-demokratische allgemeine Wille allem und jedem seinen Stempel aufdrücken, auch denen, die entschlossen für andere Richtungen sein sollten." Kommunisten und Sozialisten verteidigen ihre Positionen, doch sie versuchen zu zeigen, daß sie noch viel toleranter, demokratischer, liberaler, pluralistischer, inklusiver usw. usf. sind, als die anderen Parteien. Und selbst die Konservativen entziehen sich nicht dieser Toleranzideologie des allgemeinen Willens der liberalen Demokraten.

Hier ist die Erklärung für die Entwicklung der CDU/CSU, bzw. aller ehemaliger konservativen Parteien Europas: "Die Konservativen, die eigentlich sowohl den Sozialisten als auch den Liberal-Demokraten widersprechen müßten, argumentieren allen Ernstes, daß auch sie offen, pluralistisch und tolerant seien, alle Leistungsansprüche unterstützen und auch für die Forderung von feministischen und homosexuellen Aktivisten offen seien.

Auch in dem, was sie verurteilen, sind sich Liberal-Demokraten, Sozialisten und Konservative einig: Sie verurteilen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung und Intoleranz so wie all die anderen Sünden, die im liberal-demokratischen Katechismus aufgelistet sind. Zugleich dehnen sie die Begriffe unendlich aus ..."

Es ist ungemein schwierig geworden, sich diesem Druck zu entziehen, aber Konservative und Christen, die dies wahrhaft bleiben wollen, sollten sich diesem Druck nicht unterwerfen. Sagen Sie lieber: "Ja, wir sind intolerant, rassistisch, homophob und was auch immer. Doch was bedeutet das denn? Wir unterwerfen uns niemals dieser kranken liberal-demokratischen Ideologie!" Man wird uns des "Hate speech" bezichtigen, doch auch dies ist nur ein Mittel der

Unterwerfung.

Ohne Widerstand wird dieses System immer schneller seinen totalitaristischen Anspruch durchsetzen, zumal im Hintergrund dieser gesamten Entwicklung die brutalste und totalitärste Organisation steht, die es derzeit gibt: die Europäische Union. Der Autor weist darauf hin: "Eine europäische Perestroika würde die EU nicht überleben." Für die Zukunft der EU gibt es nur eine Perspektive: Die völlige Zerschlagung. Eine Reformierung ist nicht möglich, sie wird ihre Ansprüche durchsetzen und sich mehr und mehr zu einer EUdSSR verwandeln. ...

Daher ist es nicht mit einer Kritik an einzelnen Auswüchsen getan, wie sie z.B. von der AfD und anderen Konservativen heute geübt wird, wobei man ständig zugleich versichert, man sei doch tolerant und liberal etc. Die Kritik muß grundsätzlicher ansetzen und die liberale Demokratie selbst in Frage stellen. Dies wird selbstverständlich dazu führen, daß Personen und Organisationen, die dies tun, zu Verfassungsfeinden und Nazis erklärt werden, obwohl das deutsche Grundgesetz nicht für eine liberale Demokratie geschaffen wurde, sondern von diesen liberalen Demokraten in Beschlag genommen und für ihre totalitären Zwecke verfälscht wurde. Aber ohne die Bereitschaft zu Opfern, ohne die Bereitschaft, seine eigene Identität zu bewahren und nicht der Ideologie zu unterwerfen, wird es keine Änderung zum Besseren geben. ...

Vielleicht führt der Widerstand nicht zu einer Alternative. Doch die Wenigen, die trotzdem Widerstand leisten, können erhobenen Hauptes ihre Identität bewahren und widerstehen so dem Massenwahn der liberalen Demokratie. Anders läßt sich wohl auch nicht das Recht Gottes, seine Königsherrschaft in Staat und Gesellschaft, verteidigen.

Ryszard Legutko, *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften ...*<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 5. Januar 2018: >>**Vermögensshock: Die Deutschen sind die armen Würstchen der EU**

Der Welt-Reichtums-Report zeigt, wie arm die meisten Deutschen wirklich sind. Von den Ländern der alten EU liegt nur Portugal hinter Deutschland. In den meisten Ländern besitzen die Bürger mehr als doppelt so viel Vermögen wie hierzulande.

Innerhalb der alten EU-Länder ist Deutschland der arme Mann des Kontinents. Nur die Bevölkerung in den Ländern, die jenseits des Eisernen Vorhangs lagen, ist noch ärmer. Deutlich wird das, wenn man die Medianwerte des Vermögens und nicht den statistischen Durchschnitt betrachtet.

So macht es der renommierte Global Wealth Report des Credit Suisse Research Institute's, das jährlich die weltweite Vermögensentwicklung analysiert. Beim reinen Durchschnitt heben die vielen Reichen und Superreichen in Deutschland den Wert im Vergleich nach oben, der Medianwert begrenzt den Einfluß von Ausreißern und zeigt die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung. Am deutlichsten sieht man den Effekt in den USA, einem Land mit extremen Einkommensunterschieden. Das Durchschnittsvermögen beträgt dort 388.600 Dollar, der Medianwert liegt bei 55.900 Dollar.

### **Wenig auf der hohen Kante**

Der Medianwert des geldwerten Vermögens für die Erwachsenen liegt in Deutschland bei 47.000 Dollar. Schon im krisengebeutelten Griechenland sind es mit 55.000 Euro 8000 Euro pro Nase mehr. Daß die unmittelbaren Nachbarn - Holländer (94.000), Dänen (87.000 Dollar), Belgier (168.000 Dollar) - reicher als die Deutschen sind, kann kaum verwundern. Man sieht es bei jedem Besuch. Erstaunlich allerdings, daß Franzosen (120.000) und Italiener (125.000) mehr als doppelt so reich wie die Deutschen sind. Lichtenstein (168.000) und Schweiz (229.000) bilden erwartungsgemäß die Spitze. In den alten Ländern der EU liegt nur Portugal (38.000) hinter Deutschland. Fairerweise sollte man nicht vergessen, daß das Ranking beim Thema Jahreseinkommen anders aussehen würde. Und das auch, wenn man die Medianwerte

betrachten würde. ...

### **Geringer Immobilienbesitz**

Die Gründe für die ungleiche Verteilung des Reichtums in Europa sind schnell genannt. In Deutschland ist die Stimmung reicher, als die tatsächliche Lage. Der Hauptunterschied im Vermögensaufbau ist das geringe Immobilienvermögen der Privathaushalte. In Deutschland gehören die Immobilien meist den Reichen beziehungsweise ihren Firmen, die normale Bevölkerung wohnt zur Miete. Leider verfügen die Deutschen auch nicht über entsprechend höheres Geldvermögen um die geringen Immobilienwerte ausgleichen zu können.

Ist das ein fairer Maßstab, den die Credit Suisse hier anlegt? Wir denken schon: Wer in Paris eine abbezahlte Wohnung besitzt, ist in diesem Punkt wirklich "reicher" als ein Mieter in Berlin-Mitte. Und dieser Reichtum zahlt sich aus: Vom monatlichen Einkommen gehen bei einem Paar in Berlin gewiß jeden Monat netto etwa 1.000 Euro mehr ab als beim Wohnen in Eigentum. Denn Credit Suisse betrachtet nur den Netto-Wert des Vermögens und zieht etwaige Schulden ab. Eine finanzierte Wohnung macht in dem Ranking niemand reich. Auch beim Thema Kaufkraft dürften die vergleichsweise hohen Einkommen in Deutschland durch die Mietbelastung gemindert werden.

Millionäre gehen: Die Nerze verlassen das sinkende Schiff

Die Reichen sehen zu, daß sie die Euro-Zone verlassen. Mehr als 4.000 Millionäre sollen allein Deutschland 2016 verlassen haben, ein paar Jahre zuvor waren es noch nur ein paar Hundert jährlich.

### **Problem der Rentenbewertung**

Eine weitere Verzerrung gibt es beim Thema Alterssicherung. Wird diese als Lebensversicherung oder als Pensions-Sparplan angespart, ist das Geld vorhanden, also wird es zum jeweiligen Wert voll zum Vermögen zugerechnet. Basiert die Altersvorsorge jedoch auf Ansprüchen, die kommende Generationen erst noch erarbeiten sollen wie beim deutschen Renten- oder Pensionssystem, besteht zum Stichtag der Untersuchung nur ein Anspruch - aber keine Deckung. Gegenüber einigen Staaten ergibt sich hier eine Verzerrung zu Ungunsten Deutschlands, die man aber nicht allzu hoch ansetzen sollte.

Ernüchternd wirkt der Blick nach Österreich. Auch in der Alpenrepublik ist das Medianvermögen 11.000 Dollar höher als in Deutschland. Das Rentensystem wird dort ebenfalls mit einer Generationen-Umlage finanziert, die zu erwartenden Rentenleistungen sind in Österreich allerdings deutlich höher als in Deutschland. Wegen des späten Renteneintrittsalters und der geringen Rentenhöhe in Deutschland dürfte sich die Bewertung der Deutschen kaum verbessern, wenn alle Umlagerenten in dem Ranking berücksichtigt werden.

### **Vermögen vermehrt das Vermögen**

In Zukunft ist nicht zu erwarten, daß Deutschland seine schlechte Position verbessern könnte. Denn auch in diesem Jahr speist sich das enorme Wachstum der Vermögen von etwa sechs Prozent nicht aus den Einkommen, die in der Realwirtschaft erzielt werden. Wohlstandsmehrend wirken sich höhere Bewertung für Immobilien und Aktienbestände aus. Einfach ausgedrückt: Die Vermögen vermehren sich kräftiger als die Arbeitseinkommen. Wer viel Vermögen hat, profitiert von diesem Umstand weit mehr, als Personen mit geringem Vermögen. Länder mit reichen Bürgern legen kräftig zu, andere nicht.

Tatsächlich belegt Deutschland auch Spitzenpositionen in dem Ranking. Etwa bei der Zahl der neuen Millionäre. Von 2016 zu 2017 schafften zweihundert Deutsche den Sprung über die Millionen-Dollar-Grenze. Das reicht weltweit für Platz Zwei.

### **Kurze Erläuterung zu Median- und Durchschnittswerten**

Nimmt man in Gesellschaften mit sehr ungleicher Verteilung der Vermögen den Durchschnittswert wird das extreme Vermögen weniger Personen die große Zahl der Vermögenslosen "schlagen" - denn hier ist der Wert "Geld" entscheidend. Beim Medianwert wird die An-

zahl der Personen wichtiger, hier drückt die große Zahl der Personen ohne Vermögen dem ermittelten Wert nach unten. Damit wird die Lebensrealität der Bevölkerung besser getroffen. Genauer wären Untersuchungen, die die prozentuale Verteilung von Vermögensstufen ermitteln, damit lassen sich durch Cluster typische Gruppen und ihr Anteil an der Bevölkerung identifizieren.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juni 2018: >>**Mit Deutschland weiß er nichts anzufangen**

Eigentlich sind die Studienabbrecherinnen Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt die zuständigen grünen Fachkräfte, um den massenmedial kommunizierten Schwachsinn zu generieren, mit dem die "Partei der Humanitären" (Anton Hofreiter) sich in peinlicher Regelmäßigkeit zu blamieren pflegt. Und nicht etwa der seit Januar 2018 als Bundesvorsitzender amtierende, in der Lückenpresse notorisch "Philosoph" genannte promovierte Literaturwissenschaftler Robert Habeck. Insofern könnte es sich bei dessen jüngster Burleske ("Es gibt kein Volk") vielleicht nur um ein versehentliches Abgleiten ins bildungsferne grüne Durchschnittsniveau gehandelt haben.

Aber dem ist nicht so. Denn auch Habeck ist ein fundamentalistischer Antideutscher. Nur ist er weder so blöd wie Claudia Roth, um hinter der Antifa-Parole "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" herzurennen, noch so tumb wie Hofreiter, um ein "quasireligiöses" Gutmenschtum zu zelebrieren, von dem er sich denn auch im Interview mit dem *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo fast höhnisch distanziert.

**"Gebrochenheit" mimender Punker im Ministersessel**

Nicht von ungefähr wird dem erst Ende August als Umweltminister und stellvertretender schleswig-holsteinischer Ministerpräsident aus dem Kieler "Jamaika-Kabinett" scheidenden Grünen-Chef ein beträchtliches schauspielerisches Talent nachgesagt, das dem Motto "Moderat in der Form, hart in der Sache" gehorcht.

"Der Robert" inszeniert seine Person deshalb sensibel abgestimmt auf das jeweilige Publikum. Mit dem Pfund des bürgerlich-konservativen Elternhauses wuchert der im von Besserverdienern bevorzugten Kieler Stadtteil Heikendorf aufgewachsene Apothekersohn und vierfache Vater gern vor traditioneller CDU-Mittelstandsklientel sowie vor den Landwirten, Fischern, Jägern, Windkraftgegnern des "echten Nordens".

Vor der eigenen Gefolgschaft schlüpft der brennend ehrgeizige Machtmensch hingegen in die Rolle des lässigen, Nonkonformismus simulierenden und "Gebrochenheit" mimenden Punkers im Ministersessel. Ungekämmt, Dreitagebart, Jeans, offenes Hemd, anbiedernd-infantiler Jargon, nervtötend häufig "Coolness" beschwörend und mit der "Muffe" vor dem politischen Scheitern kokettierend.

Wer verstehen will, wie dieser penetrant auf sein "Lebensgefühl" pochende Westdeutsche des Jahrgangs 1969 denkt, sollte einen Blick in seine akademischen Qualifikationsschriften werfen, in die Hamburger Magisterarbeit, eine stilkritische Untersuchung zu "Casimir Ulrich Boehlendorffs Gedichten" (1997), sowie in die Dissertation "Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität" (2001). Der Zugriff auf den gänzlich vergessenen kurländischen Schriftsteller Boehlendorff (1775-1825) zeugt zwar von originell-sympathischem Spürsinn. Aber bereits dieses Debüt legt die krassen intellektuellen Defizite des Wissenschaftlers frei, die sich in der verstörenden Wirklichkeitsferne des Politikers bis heute chronisch fortschleppen.

**Aufreizend ahistorisch**

Gehörte Boehlendorff doch dem "Bund freier Männer" an, einem Kreis von Studenten, die sich 1793 um den frisch nach Jena berufenen Philosophen Johann Gottlieb Fichte scharten. Lehrer und Schüler einte die Sympathie für die Ideale der Französischen Revolution. Von diesem konkreten historischen Kontext seiner Poesie finden sich indes in Habecks formalisti-

schen Exegesen kaum Andeutungen.

Obwohl dessen die Utopie der goldenen Zeit, die Wiederherstellung vergangener, glücklicherer Daseinsverhältnisse evozierende Texte ohne ihren Zusammenhang mit der Frühgeschichte der politischen Romantik und der Vorgeschichte des nicht weniger politisch ambitionierten deutschen Idealismus schwerlich zu begreifen sind.

Ebenso aufreizend ahistorisch und wahrhaft "utopisch", ort- und zeitlos, kommt die Doktorarbeit daher. Enigmatisch sich im fachchinesischen Bombast verpuppend (Kostprobe: "die Ikonizität der visuellen Medien ist formal als die Analogizität von Räumen unter Zuhilfenahme des Zeitfaktors semiotisch analysierbar"), dockt Habeck hier blauäugig an den während der 1990er in voller Rezeptionsblüte stehenden "französischen Blödsinn" (Camille Paglia) des Poststrukturalismus unheilbar neurotischer Kinder der Pariser Bourgeoisie, den Lacan, Foucault & Co. an. Deren zutiefst gegenaufklärerische Ideologie schrieb sich die Zerstörung aller Identität garantierenden gesellschaftlichen Strukturen, Wissensordnungen, kulturellen Formationen aufs Panier.

Solche "Machtformen", an erster Stelle Volk, Nation, Staat, galt es durch "subversive Praktiken" zu atomisieren. Nachdem das Proletariat, weil zu "sozialdemokratisiert", als Rammbock gegen die "Bio-Macht alter weißer Männer", gegen Patriarchat, Phallokrate, Logozentrismus, ausgefallen war, sollen an seine Stelle Frauen, Schwule, "Diverse" aller Schattierungen treten, denen sich aktuell das neue "Salz dieser Erde", die in die Metropolen des globalen Nordens eingesickerten "Migranten" als Alliierte empfehlen.

#### **"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen"**

Derart konditioniert, war es für Habeck, der 2002 beschloß, Politiker zu werden, um bereits 2004 den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein zu kapern, ein kurzer Weg zur Kernaussage seines von Bertelsmann verlegten "Plädoyers für einen linken Patriotismus" (2010): "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht." Erquickend diese Offenheit, mit der Doktor Habeck signalisierte, daß weltanschaulich kein Blatt paßt zwischen ihm, der gleichfalls "radikale Ziele" verfolgen und humanitäre "Visionen" im Menschenversuch des "Sozialexperimentes" (Yascha Mounk) der Umvolkung verwirklichen will, und die im zweiten Semester Theaterwissenschaften gescheiterte Claudia Roth.

In den "Gesprächen über den Staat" (München 2017), die der Kieler Landtagsdirektor Utz Schliesky unter anderem mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle und eben mit seinem Minister für Energiewende und Umwelt führte, bekräftigt Habeck, daß ein "nationales Deutschland völlig uncool daherkommt" und linker Patriotismus kein "umgrenztes Territorium" und erst recht kein "homogenes Staatsvolk" benötige, das es ja ohnehin "so eigentlich nie gegeben hat". Ausgenommen, wie der historisch unmusikalische Poststrukturalist in einem ulkigen Rückfall ins "ethnische", "naturalisierende" Denken behauptet, die Deutschen, "deren Geschichte über weite Strecken eine der Barbarei war".

Torheiten solchen Zuschnitts streut Habeck freigiebig auf vierzig Seiten des Interviews aus. Antwortet Voßkuhle auf Schlieskys Frage, was ihn motiviere, "seinem Vaterlande zu dienen" (Friedrich der Große), immerhin noch mit "protestantischer Ethik" und ringt sich sogar zur Überzeugung durch, die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung lasse sich "in einem Nationalstaat am besten realisieren", will Habeck einen "rationalen Gesellschaftsvertrag" mit allen Menschen schließen, die sich zufällig in der "Gebietskörperschaft Deutschland" aufhalten. "Die Fremde oder die Entfremdung ist meine Heimat". Also ätzt er, der Satz Friedrichs des Großen zur Bürgerpflicht des Dienstes am Vaterland, "bedeutet mir gar nichts". Sein "Wertekompaß" sei auf "meine Familie" geeicht, "Werte" findet er überhaupt ausschließlich im "engsten privaten Raum".

## **Nächstes Ziel: Weltdemokratie**

Als derart sich von allen ethnisch-kulturellen Wurzeln abschneidendes Elementarteilchen entspricht der grüne Barbar, für den "Europa" sich nicht auf Platon, Shakespeare und Goethe, sondern auf "Interrail-Zugreise" ("heiße Nächte auf griechischen Bahnhöfen") reimt, neoliberalen Erwartungen an die Gattungsteilnehmer der posthumanen Marktgesellschaft schon verblüffend gut.

Kein Wunder, daß er wie die Kapitäne des sich philanthropisch gerierenden Finanzkapitalismus eine "Weltdemokratie" anpeilt ("Wäre das schlimm? Eher nicht, oder?"). 2035, so seine "große Erzählung", "werden wir Verantwortung an Europa delegiert haben".

Nationale seien durch europäische Wahlen ersetzt, ein "gewähltes europäisches Kabinett" regiere "die Menschen" im multikulturell-bunten Superstaat, die Nato sei als Institution in die UN überführt worden. Und wunderbarerweise "schreiben" die dann Herrschenden "humanitäre Werte und Ideale der Aufklärung fort", denen auch die inzwischen per "Umsiedlung" wohl auf mindestens 50 Millionen aufgestockte Muselmanen- und Schwarzafrikaner-Minoritäten begeistert huldigen. Die Alternative dazu, mit der Habeck droht, lautet "Renationalisierung und Krieg".

Neben "Bruder Hitler" (Thomas Mann) ist bekanntlich Angela Merkel die zweite "große Katastrophengestalt der deutschen Geschichte" (Rolf Peter Sieferle). Ob der selbsternannte grüne "Visionär" als Bruder Habeck einst in diese Liga aufsteigen wird, haben die Wähler in der Hand. Über die dafür unabdingbare Voraussetzung, "Primitivität als Weltanschauung" (Thomas Mann), verfügt er jedenfalls heute schon.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Oktober 2018: >>**Umvolkung**

"Die Umvolkung hat längst begonnen", twitterte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla am 24. September 2016. Das war zu viel der Wahrheit: Die Verwendung dieses Begriffes kostete sie die erneute Nominierung.

Umvolkung bezeichnet ein Regierungshandeln, das eine grundlegende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes bewirkt. Daß die Politik der offenen Grenzen, die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland geholt hat, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verändert, weiß jeder, der einmal durch die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Groß- oder Mittelstadt schlendert.

Aber, so lautet der Einwand, diese Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist ja nicht das Ziel von Merkels Politik, sondern nur ein Kollateralschaden. Merkel gehe es in Wahrheit um Moral und Menschlichkeit. Und das dürfe man doch nicht mit diesem bösen Wort bezeichnen.

Merkel geht es worum, bitte? Der Glaube vieler Deutscher an die edlen Motive einer Regierung, die das Land objektiv ruiniert, weckt bei mir abwechselnd Heiterkeit und Fassungslosigkeit.

Schon der große Staatsphilosoph Carl Schmitt wußte es genau: "Wer von Menschheit spricht, der will betrügen."

Umvolkung klingt hart, unschön, unangenehm. Umvolkung klingt wie Messerattacken, Vergewaltigungen und Islamisierung. "Es klingt wie" staatliches Verständnis für Gewalttäter und politische Diskriminierung des dagegen gerichteten Protests. Umvolkung klingt also wie die Realität in Merkels Deutschland. Genau deshalb soll der Begriff tabuisiert werden. Weil er die Wahrheit ausdrückt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>**Volksaustausch? Regierungstausch!**

\_ von Jürgen Elsässer

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei

Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/9-10): >>Träger des Profits durch die ausländischen Arbeiter ist die Wirtschaft. Träger der Folgelasten ist die ganze Gesellschaft (Der Kriminologe Horst Müller-Springorum. Die Zeit, 3.11.1978). ...

Die doppelte Staatsbürgerschaft schafft doppelte Loyalitäten, doppelte Pflichten, manchmal auch doppelte Kosten. Nicht nur formal sondern auch seelisch. Viel wichtiger: Sie schafft keine Authentizität, sie schafft sie ab, sie zerreißt innerlich und äußerlich denjenigen, dem sie als Wohltat zgedacht war. (Prof. Michael Wolffsohn. Die Welt. 6.1.1999). ...

Wenn die Regierung sich schon ein neues Volk suchen möchte, sollte sie das alte vorher fragen (Der CDU-Politiker Peter Gauweiler zur doppelten Staatsbürgerschaft. Bild, 13.1.1999).

...

Wenn in Deutschland lebende Ausländer oder deren Kinder für ihr Gastland nur noch Verachtung äußern und Deutsche als "Hurentöchter" oder "Schweinefleischfresser" beschimpfen, ist eines klar: Multi-Kulti ist gescheitert - weil die Ausländer die deutsche Kultur neben ihrer eigenen nicht akzeptieren oder auch nur dulden wollen. (Der Historiker Arnulf Baring. Bild, 5.4.2006). ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/31-32): >>**Sturm auf Europa**

\_ von Daniell Pföhringer

Im Wiedervereinigungsjahr 1990 stieg die Zahl der Asylgesuche in Deutschland sprunghaft an und erreichte in der Folge bis dahin unbekannte Höhen. Allein im Januar stellten über 13.000 Personen - vor allem Türken, Jugoslawen und Vietnamesen - einen Antrag auf Asyl, während die Anerkennungsquote auf 3,2 Prozent sank. Am Ende des Jahres hatten 193.000 Personen - und damit so viele wie nie zuvor - einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Schon im folgenden Jahr registrierten die Behörden bereits knapp 260.000 Asylbewerber, 1992 waren es dann 440.000. Diese Rekordzahl wurde erst im Jahr 2015 übertroffen, als nach offiziellen Angaben insgesamt 890.000 Migranten nach Deutschland einreisten.

Zugleich gab es Anfang der 1990er Jahre einen starken Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern, nachdem diese im Westen schon seit gut vier Jahrzehnten immer weiter nach



unten gegangen waren. Erst seit 2008 liegt die Geburtenhäufigkeit im Osten wieder höher als im früheren Bundesgebiet. Schon damals zeigten sich also Entwicklungen, auf die eine vorausschauende Demographie-Politik mit geeigneten Maßnahmen hätte reagieren können.

In die Asyldebatte schaltete sich zu dieser Zeit mit Manfred Ritter ein echter Mann vom Fach ein. Der damals 58-jährige Jurist war als Landesanwalt beim Verwaltungsgericht Ansbach in Bayern mit Asylangelegenheiten befaßt und veröffentlichte regelmäßig ausländerrechtliche Expertisen in Zeitungen wie der Welt oder der FAZ. Anfang 1990 erschien sein Buch Sturm auf Europa, das die Dramatik der Lage schon im Titel verdeutlichte - und die Asyl- und Zuwanderungslobby förmlich aufschreckte.

In Seenot

Ritter verglich die Lage in der damaligen Bundesrepublik mit einem Rettungsboot auf hoher See: "Solange das Meer ruhig ist, können so viele Menschen in das Boot aufgenommen werden, bis es nur noch wenig über die Wasseroberfläche hinausragt. Sobald aber ein Sturm aufkommt, ist das überladene Boot verloren, es sei denn, man würde einen Teil der Insassen wieder über Bord werfen." Dies aber sei inhuman, so daß man lieber von Anfang an dafür sorgen sollte, "daß nur so viele Menschen ins Boot kommen, wie es bei stürmischer See tragen" könne.

In seinem Buch ging Ritter auch auf den zunehmenden Identitätsverlust durch ungebremste Zuwanderung ein und identifizierte den massenhaften Asylmißbrauch als ein bestandsgefährdendes Risiko für den deutschen Staat und sein soziales Gefüge. Die Befürworter einer Politik der offenen Grenzen würden diese Gefahr entweder nicht wahrnehmen oder aber zu einer Art groß angelegtem Sozialexperiment umdeuten. ...

Ritter kam zu dem Schluß, daß das deutsche Asylrecht in seiner bis dahin gültigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden könne - eine Position, die auch die CSU, der Ritter seinerzeit angehörte, vertrat. Sie verabschiedete später ein Papier, das eine Umwandlung des individuellen Anspruchs auf Asyl in eine nicht einklagbare institutionelle Garantie vorsah. In der Welt erschien am 6. Juli 1990 ein Beitrag, der den Gegnern einer entsprechenden Verfassungsänderung vorwarf, "das in diesem Punkt überholte Grundgesetz" zu einem "Fetisch" zu "stempeln", und damit "den wohl einzigen wirkungsvollen Weg zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" zu verbauen. ...

1993 einigten sich die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP mit der oppositionellen SPD auf den sogenannten Asylkompromiß - der Grundgesetzartikel 16 wurde mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag geändert: Wer aus einem Land der EU oder aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, kann sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen und muß zurückgewiesen werden. In der Folge fielen die Asylzahlen sehr stark und erreichten 2006 mit 21.000 Anträgen ihren Tiefstand. Der damals geänderte Artikel 16 (2) unserer Verfassung ist zwar bis heute gültig, wird aber in der Praxis nicht mehr durchgesetzt: Mit dem Verzicht auf Grenzkontrollen und Zurückweisungen ist Deutschland für Migranten aller Art zu einem bequem erreichbaren Zielland geworden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/37-39): >>**Irrweg Doppelpaß**

\_ von Heinrich Lummer

Als im Juni 1953 beim Aufstand in der DDR offenkundig wurde, daß die Regierung das Volk nicht hinter sich hatte, bemerkte Bertolt Brecht zynisch, dann müsse sich die Regierung eben ein neues Volk wählen. Eine solche Wahlchance ist nur wenigen Regierungen vergönnt. Die jetzige Regierung hat sie: Man eröffne den in Deutschland lebenden Ausländern die Chance, Deutsche zu werden, damit sie wählen können, und gleichzeitig, Ausländer zu bleiben. Und schon hat man Hunderttausende, wenn nicht Millionen dankbarer Wähler. Die Masseneinwanderung wird durch Masseneinbürgerung ergänzt.

Schon in der Debatte um die Wiedervereinigung wurde der Nationalmasochismus deutlich, der sich bei Linksintellektuellen wie Günter Grass in der These äußerte, Deutschland habe wegen Auschwitz das Recht auf Wiedererlangung der nationalen Einheit verwirkt. Glücklicherweise konnten Leute wie Grass, Jürgen Habermas oder Walter Jens die Wiedervereinigung nicht verhindern. Deshalb sinnen sie nun nach anderen Möglichkeiten, den deutschen Nationalstaat zu überwinden. Deutschland soll den Deutschen genommen werden - und ein Hebel ist die doppelte Staatsbürgerschaft.

Dabei ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung traditionell an zwei Voraussetzungen gebunden: Einmal erwarten wir die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit, zumindest das redliche Bemühen darum. Zum anderen muß der Betroffene vor der Einbürgerung einen erfolgreichen Integrationsprozeß durchlaufen haben. Demgegenüber will Rot-Grün die deutsche Staatsangehörigkeit bedingungslos zum Nulltarif vergeben. Dagegen lassen sich gute Argumente ins Feld führen.

Zehn Gegenargumente

1.) Doppelstaatlichkeit bremst Integration: Im Kernbereich der Diskussion steht die Frage, ob die Abgabe der deutschen Staatsangehörigkeit an Ausländer die Integration fördert oder eher behindert. Zutreffend sieht ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den Kernpunkt des Streits in der Bereitschaft der rot-grünen Regierungskoalition, die "Einbürgerung so wenig wie möglich an den Integrationswillen des Eingebürgerten" zu binden. Schon jetzt muß weitgehend festgestellt werden, daß namentlich türkische Ausländer keinen ausreichenden Willen zur Integration erkennen lassen. Die meisten von ihnen könnten längst die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Sie wollen es nicht, weil sie Türken bleiben wollen. Schon diese Tatsache unterstreicht nachdrücklich die fehlende Integrationsbereitschaft als Voraussetzung für die Übernahme der Staatsangehörigkeit.

Genauso wenig spricht es für Integrationswillen, wenn man zu Hause nur Türkisch spricht und viele Kinder deshalb in der Schule Sprachprobleme haben, die geeignet sind, die Leistung ganzer Klassen zu mindern. Wenn diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zum Nulltarif erhalten, werden keinerlei Integrationsanstrengungen mehr verlangt. Je leichter die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit, desto geringer die Integrationsbereitschaft.

2.) Doppelstaatlichkeit schafft Parallelgesellschaften: Hinter dem Doppelpaß-Verlangen steht bei vielen Türken der Wunsch, sich im Sinne der Rosinentheorie die Vorteile beider Staatsangehörigkeiten zu sichern. Man will vom Herzen her Türke bleiben und die deutsche Staatsangehörigkeit als Zugabe. Sicher spielt da manchmal auch gesellschaftlicher Druck eine Rolle, denn es wird einem Türken im Elternhaus oder in der türkischen Heimat oft übelgenommen, die türkische Staatsangehörigkeit aufzugeben. Schließlich hat man ja in der Schule gelernt, daß es eine große Gnade Allahs sei, als Türke geboren zu werden. Mehr als bei jedem Deutschen spricht hier die Stimme des Blutes und der Kultur. Der fehlende Wille dieser Menschen, Nur-Deutsche zu werden, kann und darf für uns aber kein Grund sein, ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit zusätzlich zu gewähren. Auf diese Weise fördert und schafft man Separat- oder Parallelgesellschaften.

3.) Doppelstaatler sollen rot-grüne Mehrheit sichern: Die hartnäckige Absicht von Rot-Grün, eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zu vollziehen, erfolgt ganz offensichtlich nach der Devise, durch Begünstigung von Ausländern die Gunst künftiger Wähler zu erlangen. Nicht autochthone Deutsche, sondern Doppelstaatler, sprich Ausländer, könnten dann den Wahlausgang und damit das politische Leben in Deutschland nachhaltig mitbestimmen oder als Zünglein an der Waage entscheiden. Insofern ist es mangels anderer plausibler Gründe naheliegend, daß sich Rot-Grün die Mehrheit mit Hilfe von Ausländern sichern will. Diese Instrumentalisierung der Staatsangehörigkeit ist makaber und verwerflich.

4.) Doppelstaatler können instrumentalisiert werden: Die türkische Regierung hat in den zurückliegenden Jahren die Forderung nach einer doppelten Staatsangehörigkeit stets unterstützt. In vielen Fällen hat sie die deutsche Politik insofern unterlaufen, als sie Personen, die nach der Entlassung aus der türkischen Staatsangehörigkeit die deutsche erhielten, sie ihr nachträglich wieder erteilte. Durch diese unfreundliche und unanständige Politik hat Ankara eine große Zahl von Doppelstaatlern produziert. Die Interessenlage der türkischen Regierung ist klar. Wir werden durch die Doppelstaatler in absehbarer Zeit eine Diskussion über die türkische und andere Minderheiten in Deutschland erhalten.

Je weniger Integration gelingt, desto schneller kommt die Frage nach der Anerkennung der Minderheiten und ihrer Rechte. Und natürlich nimmt sich dann der türkische Staat das Recht, für die Minderheiten einzutreten, sie zu instrumentalisieren. Die demographische Entwicklung im Kosovo läßt grüßen. (Die Republik Albanien war als Schutzmacht der albanischen Bevölkerungsgruppe in der serbischen Provinz Kosovo aufgetreten und hatte deren Untergrundarmee UCK unterstützt).

5.) Doppelstaatlichkeit verletzt Gleichheitsgrundsatz: Die von Rot-Grün beschlossenen Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft berühren auch den Gleichheitsgrundsatz. Zunächst einmal haben Millionen Ausländer zwei und der arme, dumme Deutsche nur eine Staatsangehörigkeit. Das kommt einer faktischen Spaltung der Gesellschaft gleich. Es gibt Nur-Deutsche und Auch-Deutsche. Das hat politische Folgen: Doppelstaatler können nämlich in zwei Ländern wählen! Sie genießen die jeweiligen Vorteile als Staatsbürger zum Beispiel beim Kauf von Grundstücken.

Der Doppelstaatler kann je nach Bedarf das eine oder andere Rechtssystem in Anspruch nehmen, etwa beim Scheidungsrecht, das in muslimischen Ländern stark den Mann begünstigt. Er kann sich in zwei Staaten für den öffentlichen Dienst bewerben. Er kann politische Ämter in zwei Staaten ausüben. Seine Reisefreiheit ist im Hinblick auf unterschiedliche Visumpflichten größer als die eines Nur-Deutschen. Die Gruppe der Doppelstaatler ist also eindeutig privilegiert. ...<<

Die schweizerische Tageszeitung "Basler Zeitung" berichtete am 17. November 2018:

#### >>**Denk ich an Deutschland in der Nacht**

Der Rechtsstaat in Deutschland droht zu verrotten. Wenn sich nichts ändert, wird es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen.

Das dichtete Heinrich Heine im Jahre 1844 in seinem Pariser Exil, als in Deutschland Kleinstaaterei und Reaktion herrschten. "Der Rechtsstaat verrottet, wenn nicht klar Schiff gemacht wird", das "deutsche und europäische Recht wurde über Jahre nicht wirklich umgesetzt", und schließlich: "Ich hätte nie gedacht, daß die Angst vor mir und der Wahrheit ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen."

Der letzte Satz stammt aus der in der BaZ abgedruckten Rede des ehemaligen obersten Verfassungsschützers Deutschlands. Seine unwiderlegte Aussage, daß es in Chemnitz zu keinen "Hetzjagden" gekommen sei, kostete Hans-Georg Maaßen das Amt, diese Rede seine Weiterbeschäftigung.

#### **Die Merkel-Dämmerung**

Der erste Satz stammt nicht etwa von einem Berserker aus der AfD, sondern vom ehemaligen Vorsitzenden der Grünen, Cem Özdemir. Und wer davor warnt, daß das "Vertrauen in unsere Rechtsordnung erschüttert wird", weil sie nicht durchgesetzt wird, ist niemand Geringeres als das CSU-Mitglied Hans-Jürgen Papier, bis zu seinem Ruhestand im Jahre 2010 Präsident des Deutschen Verfassungsgerichts.

Merkel-Dämmerung, zweistellige Verluste der Regierungsparteien in Bundestagswahlen, der Einzug der AfD in sämtliche Länderparlamente Deutschlands. Das sind nur Oberflächenprobleme. Denn der Rechtsstaat in Deutschland verrottet tatsächlich. Das äußert sich auch darin,

daß es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, Quartiere, Bezirke, Gegenden gibt, in denen der Staat als Ordnungsmacht abgedankt hat, nicht einmal mehr sein Gewaltmonopol durchsetzen kann. Statt dessen herrschen mafiöse Clans. Vielköpfige Familien kontrollieren den Drogenhandel, erpressen Schutzgelder, bestimmen die Regeln des Zusammenlebens. In Berlin, in Duisburg, Dortmund, Essen, andernorts gibt es Gegenden, in denen der Rechtsstaat nur noch von Fall zu Fall funktioniert.

Was immer man auch von der unkontrollierten Einwanderung nach Deutschland halten mag, von der Grenzöffnung im Jahre 2015, kaum etwas hat das wiedervereinte Deutschland so geprägt. Nicht nur im Erscheinungsbild oder im Zusammenleben. Sondern eben auch auf rechtlicher Ebene. Und der Rechtsstaat, so unvollkommen er auch sein mag, ist das letzte und beste Bollwerk gegen Willkür, Barbarei und Faustrecht. Wenn sich die Regierung Deutschlands über Wochen damit beschäftigt, ob ein Beamter öffentlich das sagen darf, was er für richtig hält, auch wenn das dem Narrativ der Altparteien widerspricht, dann ist zudem eine Bürgerferne erreicht, die bedenklich ist.

Wo soll das hinführen? Zu einer neuerlichen braunen Machtübernahme? Sicher nicht. Die AfD ist nicht die NSDAP, die ständige Warnung vor einer rechtsradikalen Gefahr übertönt die wirklichen Gefahrensignale. Das Wichtigste: Der Kitt jeder modernen, zivilisierten Gesellschaft ist die Mittelschicht. Wenn der Mittelstand nicht mehr von Aufstieg träumt, sondern sich vor Abstieg fürchtet, dann ist der Zusammenhalt gefährdet. Reale und berechtigte Angst vor Altersarmut, Sorgen um die Gesundheitsversorgung, die persönliche Sicherheit, die Ausbildung der Kinder, den verlotternden Zustand der Infrastruktur. Alle diese Bedenken werden im Politikbetrieb Berlins höchstens in Form von hohlen Phrasen über die Sorgen "der Bürger draußen im Lande" zur Kenntnis genommen.

### **Zerfallen in Parallelgesellschaften**

Löst sich dieser Kitt auf, dann sieht sich der Bürger nicht mehr als Staatsbürger. Er sieht seine Anliegen nicht mehr von den Staatsvertretern wahrgenommen. Die Gesellschaft zerfällt in Parallelgesellschaften, die beispielsweise religiös oder sozial stigmatisiert sind, also eine Lebenswelt der Superreichen und des Prekariats, eine Lebenswelt des Islam, eine Lebenswelt archaischer Stammesstrukturen, und so weiter. Wenn auch noch das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird, bilden sich lokale Strukturen, wo das Faustrecht herrscht oder Bürgerwehren, die ihre Vorstellung von Recht und Ordnung durchsetzen wollen. Während die Begüterten in schwer bewachten Zonen leben, die sie kaum noch verlassen.

Wenn sich der Staatszerfall fortsetzt, kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen, dann der offene Bürgerkrieg, Deutschland würde wieder in ein Mosaik von Kleinstgebilden zerfallen, wie es schon zu Zeiten Heines existierte.

Ein realitätsfernes Szenario? Keinesfalls. Wenn vorhandene Strukturen nicht Lösungen für die drängenden Probleme der Gesellschaft bieten, wenn sich die Politik mit der richtigen Auslegung des Begriffs "Hetzjagd" wochenlang lahmlegt, wenn keine der etablierten Parteien wenigstens einen Lösungsvorschlag für die Sicherung der Altersrente hat, und die AfD zwar mit Protest - "so nicht weiter, mit denen nicht weiter" - punktet, aber auch keine Alternativen anzubieten hat: dann ist das kein Albtraum in dunkler Nacht.

Sondern eine durchaus realistische Zukunftsperspektive.<<

[Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2018 \(x887/...\): >>Jamaika jubelt](#)

Was mit AKK alles möglich wird, wo Kasse und Moral zusammenfinden, und wie wir die Osis integrieren

Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Na also, läuft doch alles wie geschmiert. In der Dämmerung ihrer Regentschaft ordnet Angela Merkel unsere Welt nach ihrem Geschmack. Gerade hatten die CDU-Delegierten mit

Annegret Kramp-Karrenbauer Merkels Ziehkinderin zur neuen Parteichefin gewählt, da war sie auch schon in Marrakesch, um den UN-Migrationspakt zu unterzeichnen.

Das Erbe ist geregelt. Mit AKK hat die CDU endlich jemanden, den die FDP zu schlucken bereit wäre, was den Weg zu Schwarz-Grün-Gelb freimacht. Und mit dem Pakt ist die Richtung festgetackert, in welche Deutschland, dieses "miese Stück Scheiße", dahintröten soll.

FDP-Chef Christian Lindner hatte ja eigentlich gar nichts gegen "Jamaika", nur wollte er dieses Bündnis auf keinen Fall eingehen, wenn Merkel obendrauf sitzt. Nach der letzten Ehe mit ihr war seine FDP brutal skalpiert worden. Es hat Jahre gedauert, bis die rasierten Prozente wieder nachgewachsen waren. Nein, nein, das nicht noch einmal. Aber mit Kramp-Karrenbauer sieht die Sache nun ganz anders aus.

Seien wir ehrlich, Schwarz-Grün-Gelb ist doch wirklich eine Traumkonstellation. Denken Sie nur: 150 Jahre des verbissenen Kampfes zwischen "rechtem" Kapitalismus und "linker" Menschheitsbeglückung wären endlich überwunden! Mit "Jamaika" säßen die Lakaien des großen Geldes mit den moraldurchglühten Pastorentöchtern einträchtig am Tisch. Eine Eintracht, von der alle beide was haben.

Das große Geld könnte seiner Gier nach noch mehr billigen Arbeitskräften per Menschenimport vollends die Zügel schießen lassen. Dafür hat man den UN-Migrationspakt schließlich erdacht. Die Einheimischen, namentlich die Niedriglöhner unter ihnen, sollen sich mit den Neuankömmlingen um die Billigjobs balgen, die man dann vielleicht noch ein bißchen billiger gestalten könnte.

Diejenigen, die beim Kampf um die Hungerlöhne auf der Strecke bleiben, werden der Mittelschicht auf die Rechnung gesetzt. Denn die ist dazu verdonnert, mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt deren Sozialleistungen zu erwirtschaften.

Sobald jemand gegen diesen Dauerimport billiger Arbeitskräfte aufbegehrt, treten die Pastorentöchter auf den Plan und kreischen "Rassist", "Rechtspopulist", "Abschotter" oder Schlimmeres, womit der Aufbegehrer zweifelsfrei als Unhold entlarvt ist. Ist es nicht genial? Die Jamaika-Gesellschaft aus Moral und Kasse spaltet niemand mehr, die ist nach allen Seiten gepanzert.

Überdies hat sich diese fabelhafte Allianz von alters her bestens bewährt. Schon der Ablasshandel des Johannes Tetzel war nichts anderes als die durchtriebene Verknüpfung von Moral und Kasse. Damals drohte jedem, der sich nicht hinter Licht führen lassen wollte, das Fegefeuer, heute lauert die Brandmarkung als "Rechtspopulist". Beides macht allen Leuten genug Angst, um artig mitzuspielen.

Allen Leuten? Nun ja, dem Tetzel kam jener berühmte Mönch Martin Luther in die Quere, der das wunderbare Macht- und Geschäftsmodell entzwei schlug. Dieser Kerl war, wir wissen es alle, nichts anderes als ein Ossi. Zufall? Mitnichten.

Vor 500 Jahren war es auch ein Ossi-Fürst, der seinem Ossi-Kumpfanen Luther Unterschlupf gewährte und damit erst dafür sorgte, daß dessen gesellschaftsspaltende Ablass-Kritik ins Kraut schießen konnte. Luther gebärdete sich als eingestandener Populist. Er wollte dem Volk nicht nur "aufs Maul schauen", sondern erzählte auch fahrlässig überall herum, was aus ihm, dem Maul, so alles herauskam. Glücklicherweise haben wir später ein paar Sätze gefunden, in denen sich Luther unfreundlich über Juden geäußert hat, weshalb man ihn heute zum Antisemiten zurechtstutzen und aussondern darf.

Das hält seine Ossi-Nachfahrenbrut aber nicht davon ab, auf alten Pfaden zu wandeln und nichts dazuzulernen. Diese Leute da wählen falsch, gehen auf die falschen Demos und sagen Sachen, die ... ach, man mag es gar nicht in Worte fassen.

Markus Kerber, als Staatssekretär im Bundesinnenministerium für den Bereich "Heimat" zuständig, hat das Ausmaß des Unheils vermessen. Der CDU-Politiker will energisch gegen-

steuern, denn, so Kerber, "30 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen wir genauer untersuchen, wie es eigentlich um die Ostdeutschen steht, die im Moment anscheinend ganz anders über Fragen der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts denken".

Wenn die Osis von "Zusammenhalt" reden, meinen die nämlich nicht den von Moral und Kasse, sondern denjenigen als "Volk", und zwar nicht als irgendein Volk, sondern als deutsches. Deutsches Volk? Zur Kennzeichnung dieser ekelhaften Mischpoke haben wir eigens das hübsch-häßliche Etikett "Zusammenrottung" wieder hervorgegraben aus den Ruinenfeldern des Realsozialismus. Da die Osis den alten Bekannten aber sofort wiedererkennen können, prallte die Zurechtweisung ziemlich spurlos an ihnen ab.

Heimatstaatssekretär Kerber will daher in die Offensive gehen: "Unsere Integrationspolitik ist also beileibe nicht nur auf Zuwanderer beschränkt. Wir wollen und müssen uns mit allen gesellschaftlichen Gruppen auseinandersetzen - vor allem mit wütenden und enttäuschten Bürgern, die sich abgehängt fühlen." Die Politik könne nicht darauf bauen, daß "jeder sich selbst entwickelt und alles von alleine zusammenwächst, was zusammengehört".

Das alles sagte er nicht im Geheimen, sondern in der "Bild-Zeitung", die gleich darunter einen Beitrag plazierte mit der Überschrift "Auszeichnung für engagierte Flüchtlinge". Und um die mehrheitlich westdeutschen Leser endgültig auf kerbersche Betriebstemperatur zu bringen, folgt dem "Flüchtlings-Text" ein Artikel unter der aufreizenden Überschrift "Rentenlücke im Osten kleiner als im Westen". Diese Schweine da drüben!

Wütend, enttäuscht, abgehängt: Der Staatssekretär hat gleich Attribute zusammengefasst, die heute für "Igittigitt" stehen. Wichtiger aber ist der Hinweis darauf, daß sich nicht "jeder selbst entwickeln" kann. Das ist es nämlich, was den gemeinen Ossi so gefährlich macht: Wir Wessis haben gelernt, daß wir die Demokratie von den Amis serviert bekommen hätten und daher sozusagen nur auf Bewährung "frei" seien - eben nur solange, wie wir über die vorgeschriebenen Stöckchen springen. Sonst werden wir wieder "zur Gefahr für Europa und die Menschheit" und müssen gezüchtigt werden. Allein schon für unsere Undankbarkeit.

Die Osis dagegen haben ihren Despoten selbst entthront und bilden sich daher ein, selbst entscheiden, sich selbst entwickeln zu dürfen, was und wohin sie wollen. Den Zahn muß man ihnen ziehen. Nur ein gehorsamer Demokrat ist ein guter Demokrat. nein, nur ein gehorsamer Demokrat ist überhaupt einer. Alle anderen sind Populisten und gehören nicht dazu.

Langfristig läßt sich das Ossi-Problem vermutlich nur durch Einwanderung von Leuten lösen, die aus Ländern kommen, wo strikter Gehorsam gegenüber der herrschenden Clique Gesetz ist und Demokratie bloß Kulisse.

Der Migrationspakt öffnet da gänzlich neue Horizonte, auch wenn das erst mal keiner erfahren sollte. Da das wahre Ziel des Pakts zuletzt aber ziemlich offensichtlich wurde, haben sich die Staatsmedien alle Mühe gegeben, die Wahrheit wieder in die Flasche zu bekommen.

So pochte die Sprecherin der "Tagesschau" eifrig darauf, daß der Pakt "rechtlich aber nicht bindend" sei, obschon er "Standards für die Aufnahme und Abschiebung von Migranten festlegen" solle. Die Wörter "und Abschiebung" hat die Sprecherin ganz besonders betont. Darüber aber hat sie ganz vergessen uns zu erklären, wie ein Pakt, der "nicht bindend" sein soll, gleichzeitig etwas "festlegen" kann. Schade.<<

**Schlußbemerkungen:** Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands überwachten die etablierten Parteien zwar nicht sämtliche Lebensbereiche der deutschen Bürger, aber sie kontrollierten und lenkten systematisch die öffentlichen Medien, um ihre politische Machtpositionen und ihren Einfluß mit allen Mitteln zu sichern. Die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten

wurden danach schnell zur leichten Beute der politischen Parteien. Nach und nach besetzten Mitglieder der entsprechenden Regierungsparteien alle wichtigen Verwaltungsposten der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.

Die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehsender sowie Zeitungen und Zeitschriften unterstützten gehorsam die Durchsetzung der sogenannten "politischen Korrektheit". Abweichende Auffassungen und kritische Meinungen (Leserbriefe usw.) wurden meistens nicht mehr publiziert.

Die von der neomarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflussten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen. Andersdenkende und kritische Bürger, die sich in der Bundesrepublik Deutschland gegen die destabilisierende Politik der eigenen Regierung auflehnten, wurden pauschal als "Nazis", "Reichsbürger", "Verschwörungstheoretiker" oder "Volksfeinde" diffamiert, verfolgt und geächtet.

Infolge der jahrzehntelangen Umerziehung der Deutschen wurde vor allem jegliche Form von Nationalstolz oder Selbstbewußtsein systematisch ausgemerzt und durch einen regelrechten Schuldskult (Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, NS-Schuldbewußtsein und Nationalmasochismus) ersetzt.

Im "Kampf gegen Rechts" geht es den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Medien usw.) und staatlichen Institutionen angeblich in erster Linie darum, das hohe Gut der Toleranz und jegliche Formen von "Menschenrechten" zu verteidigen.

Obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität in Deutschland nicht selten vollkommen anders aus. Wer als Konservativer friedlich Kritik äußert oder gegen Mißstände demonstriert, muß damit rechnen, von linksextremen Antifa-Aktivistinnen diffamiert, öffentlich angepöbelt oder sogar tätlich angegriffen zu werden. Kritiker, die z.B. nur auf die Einhaltung von demokratischen Regeln und Gesetzen hinweisen, werden von den Linksradikalen und den gleichgeschalteten Medien gewöhnlich sofort pauschal als Rechtsradikale, Rechtspopulisten, Nazis oder als Rassisten mit der NS-Kollektivschuldkeule zum Schweigen gebracht.

Jeder Widerspruch wird von den neomarxistischen Wächtern reflexhaft und unbarmherzig als Naziunwesen diskreditiert und mit sozialer Ausgrenzung sowie der Existenzvernichtung (Arbeitsplatzverlust, gesellschaftliche Ächtung etc.) geahndet, um kritische Auseinandersetzungen über strittige politische Themen zu vermeiden. Infolge dieser systematischen Inquisition wagen es immer weniger Menschen, die totalitäre Ideologie der selbsternannten Gutmenschen zu kritisieren, sondern die eingeschüchterten Deutschen tolerieren jeden Schwachsinn oder jeden Unfug der linken NWO-Inquisitoren und passen sich ängstlich an.

Die Gewalttaten der Linken werden in der Öffentlichkeit nicht selten bewußt als "Gewalt gegen Sachen" verharmlost, während man die Gewalttaten der Rechten überwiegend als "Gewalt gegen Personen" darstellt. Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradikalen bleiben meistens völlig unbehelligt. Zahlreiche linksradikale Organisationen werden sogar durch staatliche Organisationen sowie gemeinnützig anerkannte Stiftungen gefördert und finanziell unterstützt, während man die sogenannten "rechtsradikalen" Abweichler konse-

quent verfolgt und gesellschaftlich ausgrenzt, um ihnen die physische und psychische Lebensbasis zu entziehen.

### **Die repräsentative deutsche Scheindemokratie: Fremdbestimmte Parteien und Politiker bzw. verdeckte Herrschaft der Wirtschaftslobbyisten**

Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation, und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstsüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet alle jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. Eine Zeit der Korruption an höchsten Stellen wird folgen, und die Geldmacht des Landes wird danach streben, ihre Herrschaft zu verlängern, bis der Reichtum in den Händen von Wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist.

*Abraham Lincoln (1809-1865, nordamerikanischer Politiker)*

#### Fehlende Gewaltenteilung

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Die etablierten deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative. Sie beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz. Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Regierungsparteien ausgeübt wird.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

#### Bundeskanzler und Bundesminister

Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Der Artikel 56 des deutschen Grundgesetzes lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 56 ... "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. ...<<

Die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen, wie z.B. Gefährdung der bisherigen stabilen Stromversorgung durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten im Rahmen des ESM-Vertrages, Grenzöffnung im Jahre 2015 bzw. Masseninvasion von Migranten, die durch Bundeskanzlerin Merkel zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig eingeleitet wurden, dienten nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Es gehört nachweislich nicht zu den Aufgaben und Pflichten des deutschen Staates, Millionen von Migranten, die gewaltsam in unser Land eindringen, aufzunehmen und sie bis an ihr Lebensende kostenlos bei uns zu versorgen.

In erster Linie gehört es zu den vorrangigen Pflichten der deutschen Regierung, das persönliche Wohl und das Gemeinwohl der Deutschen zu gewährleisten, die diesen Sozialstaat aufgebaut haben, deshalb müssen alle nicht anerkannten Asylbewerber aus den entferntesten



Teilen der Welt umgehend in ihre Heimat zurückkehren.

Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. Lediglich die Kritiker dieser verfassungsfeindlichen Rechtsbrüche wurden als "Pack" und geistige Brandstifter ausgegrenzt oder pauschal als Nazis diffamiert.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden, und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen wegen "Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafgesetzbuch zu prüfen. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der das Gemeinwohl der bereits "länger hier lebenden und arbeitenden Deutschen" wirklich schützt, sind alle beteiligten Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

#### Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von NWO-Zielen (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.) sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc. Obgleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

#### Die sogenannte "repräsentative Demokratie" der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft (Scheindemokratie), in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Der Österreicher *Richard Graf Coudenhove-Kalergi* (1894–1972) schrieb bereits im Jahre

1925 über die Schwächen der Demokratie (x903/...): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

*"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)*

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

Ein homogenes, souveränes Volk stellt immer eine Gefahr für die Herrschenden dar, deshalb versucht man gegenwärtig, die natürlich gewachsenen Völker in multikulturelle Mischvölker umzuwandeln.

Die gegenwärtige Massenmigration war kein Zufallsprodukt, sondern die Völkerwanderung wurde gezielt geplant, gesteuert und finanziert, um die Destabilisierung und Schwächung von potentiellen Gegnern des NWO-Imperiums zu erreichen.

Infolge der sogenannten "Politik der offenen Grenzen", die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland schwemmte, wurde die ethnische Zusammensetzung der bisherigen Bevölkerung vielerorts grundlegend verändert. Die Folgen der "Politik der offenen Grenzen" bzw. Umvolkung sieht man heute in fast jeder Fußgängerzone der deutschen Klein- und Großstädte

Ersetzt man das Staatsvolk durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Ethnien, dann wird das einst nationale Staatsvolk entscheidend geschwächt, da es infolge der neugeschaffenen Parallelgesellschaften keine geschlossene nationale Einheit mehr darstellt.

Der "Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" verspricht z.B. allen Migranten den sicheren Zugang zu den üblichen sozialen Grundleistungen unseres Gemeinwesens, während man den eigenen Staatsbürgern gewöhnlich keine sozialen Wohltaten ohne entsprechende Gegenleistungen gewährt.

Die an diesem systematischen Zerstörungswerk Beteiligten weisen unentwegt geschickt auf angebliche universelle Menschenrechtsansprüche und die entsprechenden UN-Paragrafen hin, um die angestrebte Massenmigration von Millionen von Fremden durchzusetzen.

Von der Massenmigration profitiert vor allem die Elite des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die mit Hilfe ihrer allgegenwärtigen Lobbyverbände ihre Interessen konsequent durchsetzen können.

Die bisherige Menschheitsgeschichte beweist jedoch eindeutig, daß man Völker und Volksgruppen nicht mit Gewalt mischen darf! Dieses unmenschliche, kranke Experiment wird niemals funktionieren, sondern muß zwangsläufig in einer ungeheuren Katastrophe enden: Kein Stein wird auf dem anderen bleiben.

### Ablösung des provisorischen Grundgesetzes durch eine neue deutsche Verfassung

Die deutsche Bundesregierung hätte spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 eine eigene Bundesverfassung erstellen und durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen müssen. Es wurde damals jedoch keine neue Bundesverfassung

vorgelegt und keine Volksabstimmung durchgeführt. Die deutsche Bundesregierung änderte lediglich eigenmächtig die Präambel des bestehenden Grundgesetzes und behauptete dreist, die Deutschen Mittel- und Westdeutschlands hätten "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet".

Die Präambel des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):  
>>Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.<<

Ferner fand im Jahre 1990 auch eine Änderung des Artikels 146 statt. Danach galt das geänderte Grundgesetz nach der angeblichen Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk.

Artikel 146 des aktuellen deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.<<

Die eigenmächtige Grundgesetzänderungen der deutschen Bundesregierung, ohne Volksabstimmungen über die Annahme der Bundesverfassung durchzuführen, waren zweifelsfrei undemokratisch und dienten in erster Linie der Sicherung der bestehenden Machtverhältnisse.<< Das derzeitige Grundgesetz ist nach wie vor ein Provisorium, da nach der Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands keine Volksabstimmung stattfand.

Da das Grundgesetz gemäß Artikel 146 automatisch an dem Tag außer Kraft tritt, an dem eine vom deutschen Volk in freier Selbstbestimmung eine Verfassung beschließt, bleibt das gesamte deutsche Volk aufgefordert, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Wenn man den derzeitigen Vasallenstatus Deutschlands beenden und endlich wieder zur Einigkeit, Recht und Freiheit zurückkehren will, kann angesichts der mehr als tausendjährigen deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte nur die letzte in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871 eine solide Basis bilden.

#### Direkte bzw. unmittelbare Demokratie nach dem Schweizer Vorbild

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie (Wahl der Volksvertretung), sondern eine Art Parteienherrschaft, in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernommen haben, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen.

Um den zutiefst undemokratischen Zustand der gegenwärtigen Parteienherrschaft zu beenden, muß unbedingt eine direkte bzw. unmittelbare Beteiligung des Volkes (Einführung von Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild etc.) realisiert werden.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Nach dem Schweizer Vorbild sollten zukünftig keine Verfassungsänderungen und keine bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge ohne Zustimmung des Volkes beschlossen werden,

damit endlich nach dem Willen des deutschen Volkes, dem souveränen Träger der Staatsgewalt, regiert wird. Wir benötigen direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, damit sich die gewählten Volksvertreter endlich wieder für das Gemeinwohl des Volkes einsetzen, wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid für alle Regierungsmitglieder vorsieht.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>>Mündige Bürger als Risiko

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 8. Oktober 2018 (x954/...): >>>Die Scheindemokratie.

Die Bürger werden entmündigt und als politisch apathische Konsumenten dressiert.

Exklusivabdruck aus Rainer Mausfelds "Warum schweigen die Lämmer?"

*von Rainer Mausfeld ...*

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Demokratie durch die Illusion von Demokratie ersetzt. Neue Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation schützen die Mächtigen vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen und stärken ihre Position. In seinem Buch deckt Rainer Mausfeld die Systematik dieser Indoktrination auf und macht uns sensibel für die vielfältigen psychologischen Beeinflussungsmethoden.

Demokratie und Freiheit. Zwei Wörter, die mit unerhörten gesellschaftlichen Versprechen aufgeladen sind und gewaltige Veränderungsenergien zu deren Einlösung freisetzen können. Kaum mehr als ein Schatten ist heute von den mit ihnen ursprünglich verbundenen Hoffnungen geblieben. Was ist passiert? Wohl nie zuvor sind zwei Wörter, an die so leidenschaftliche Hoffnungen geknüpft sind, in gesellschaftlich so folgenschwerer Weise ihrer ursprünglichen Bedeutung entleert, verfälscht, mißbraucht und gegen diejenigen gewandt worden, deren Denken und Handeln sie beseelen.

Demokratie bedeutet heute in Wirklichkeit eine Wahloligarchie ökonomischer und politischer Eliten, bei der zentrale Bereiche der Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht entzogen sind; damit liegen zugleich weite Teile der gesellschaftlichen Organisation unseres eigenen Lebens außerhalb der demokratischen Sphäre. Und Freiheit bedeutet heute vor allem die Freiheit der ökonomisch Mächtigen.

Mit dieser orwellischen Umdeutung kommt diesen beiden Wörtern nun ein besonderer Platz im endlosen Falschwörterbuch der Geschichte zu. Mit zwei Wortvergiftungen werden unsere zivilisatorischen Hoffnungen auf eine menschenwürdigere Gesellschaft und auf eine Einhegung von Gewaltverhältnissen verwirrt, getrübt, zersetzt und nahezu aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Durch den Verlust der mit diesen beiden Begriffen verbundenen zivilisatori-

schen Träume fällt es uns heute schwer, eine attraktive menschenwürdige Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen politisch zu artikulieren, oder schlimmer noch, überhaupt zu denken. ...

Von der Demokratie, die ursprünglich mit großen Hoffnungen auf eine politische Selbstbestimmung und auf eine Sicherung des inneren und äußeren Friedens verbunden war, ist in der realen Gestaltung der Gesellschaft nur eine formale Hülse übrig geblieben. Demokratie ist auf ein inszeniertes Spektakel periodischer Wahlen reduziert worden, bei denen die Bevölkerung aus einem ihr vorgegebenen "Elitespektrum" wählen kann. Wirkliche Demokratie ist ersetzt worden durch die Illusion von Demokratie, die freie öffentliche Debatte ist ersetzt worden durch Meinungs- und Empörungsmanagement, das Leitideal des mündigen Bürgers ist ersetzt worden durch das neoliberale Leitideal des politisch apathischen Konsumenten.

Von den mit den Begriffen Demokratie und Freiheit verbundenen Hoffnungen sind nur die leeren Worthülsen eines falschen Versprechens von den Mächtigen beibehalten worden; mit ihnen läßt sich nämlich das Bewußtsein der Mehrheit der Machtunterworfenen wirksam manipulieren.

Auch das Völkerrecht hat sich heute in großen Teilen zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt. Die selbstdeklarierte westliche Wertegemeinschaft pflegt wieder offen ihren geradezu religiösen Glauben an die Wirksamkeit von Gewalt, an die Heilsamkeit von Bomben und Zerstörung, von Drohnenmorden und Folter, von Unterstützung terroristischer Gruppen, von wirtschaftlichen Strangulierungen und anderen Formen von Gewalt, die ihren Zwecken dienlich ist - eine politische Fetischisierung von Gewalt, deren Auswirkungen über den gesamten Globus zu besichtigen sind.

Kaum mehr als eine geschichtliche Erinnerung ist von den großen Hoffnungen übrig geblieben, die ursprünglich mit Demokratie und Völkerrecht verbunden waren, nämlich Hoffnungen auf eine zivilisatorische Einhegung von Macht- und Gewaltbeziehungen. Um so kraftvoller wird jedoch die Bevölkerung in der politischen Rhetorik mit einer Demokratie- und Völkerrechtsrhetorik überzogen, mit der die ökonomisch oder militärisch Starken die Zustimmung oder Duldung der Bevölkerung für ihre tatsächliche Praxis einer Realpolitik der Gewalt zu gewinnen suchen. In der Realpolitik hat sich heute längst wieder das Recht des Stärkeren Anerkennung verschafft.

Zweihundert Jahre nach der Aufklärung, auf die wir uns in der politischen Rhetorik so viel zugute halten, leben wir in einer Zeit der radikalen Gegenaufklärung. Zugleich verweisen die Mächtigen gerne, wenn es ihren Machtinteressen dient, auf die Aufklärung, um damit gegenüber denjenigen, die sie als ihre Feinde ansehen, ihre behauptete zivilisatorische Überlegenheit zu bekräftigen. ...

Eine Elitendemokratie stellt einen Widerspruch in sich dar. In einer Elitendemokratie gibt es zwar formale demokratische Elemente, doch sind sie strukturell auf ein Minimum reduziert. Trotz dieses demokratischen Minimalismus sind aus Sicht der tatsächlichen ökonomischen und politischen Zentren der Macht die demokratischen Elemente zwangsläufig nicht im gewünschten Maße risikofrei.

Um den Status der jeweiligen Machteliten zu sichern, sind diese darauf angewiesen, sich gegen demokratische Ansprüche abzusichern.



Die Schwachstelle ist nun gerade der öffentliche Debattenraum, der - vor allem in den periodischen Wahlen - als Stabilitätsrisiko wirksam werden könnte. Wie läßt sich dieses auch in einer Elitendemokratie demokratische Risiko kontrollieren und möglichst gering halten?

Wenn die verbliebenen demokratischen Residualelemente auch noch beseitigt würden, wäre es nicht mehr möglich, die zur Revolutionsvermeidung nützliche demokratische Rhetorik aufrechtzuerhalten; denn der öffentliche Debattenraum und periodische Wahlen sind selbst für die bloße Illusion einer Demokratie unverzichtbar. Wenn die tatsächlichen Zentren der Macht sie also beibehalten wollen, benötigen sie geeignete Wege einer Stabilitätssicherung, durch die sich Demokratie für sie risikofrei gestalten läßt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Machtausübenden großen Aufwand betrieben, neue Wege einer solchen Stabilitätssicherung zu entwickeln, um die in einer Elitendemokratie verbliebenen demokratischen Residualelemente vor den Risiken demokratischer Ermächtigungen zu schützen.

Hierzu gehören insbesondere neuartige strukturelle Formen der Organisation von Macht sowie psychologische Methoden der Bewußtseinsmanipulation. Die Wurzeln dieser Entwicklungen reichen freilich sehr viel weiter zurück, doch haben sich diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten rapide beschleunigt und institutionell verfestigt.

Der mit ihnen verbundene systematisch geplant und betriebene gesellschaftliche Transformationsprozeß gleicht in seinen an die Wurzeln gesellschaftlicher Organisation gehenden Auswirkungen einer "Revolution von oben", also einer Revolution, die ein Projekt ökonomischer Eliten darstellt und der Ausweitung und Verfestigung ihrer Interessen dient. Der mit dieser Revolution einhergehende Transformationsprozeß ruht wesentlich auf zwei Säulen.

Die erste Säule dieses Transformationsprozesses besteht darin, daß die Organisationsformen von Macht immer abstrakter und mit gezielter Diffusion gesellschaftlicher Verantwortlichkeit gestaltet werden, so daß Unbehagen, Empörung oder Wut der Machtunterworfenen keine konkreten, also politisch wirksamen Ziele mehr finden und ein Veränderungswille der Bevölkerung keine Adressaten mehr unter den tatsächlichen Entscheidungsträgern hat.

Dieser Transformationsprozeß besteht in einer schleichenden und für die Bevölkerung möglichst unsichtbaren Schaffung geeigneter institutioneller und konstitutioneller Strukturen, durch die sich Machtverhältnisse stabilisieren und Umverteilungsprozesse dauerhaft einem demokratischen Zugriff entziehen lassen und damit weitgehend irreversibel machen lassen. Dazu müssen die historisch mühsam gewonnenen demokratischen Strukturen beseitigt oder so ausgehöhlt werden, daß sie in ihrer Wirksamkeit neutralisiert sind.

Zudem muß die innerstaatliche und die zwischenstaatliche Rechtsentwicklung so 'weiterentwickelt' werden, daß die Zentren ökonomischer und politischer Macht ihre Interessen in dem

so geschaffenen Rechtsrahmen legal in autoritärer Weise durchsetzen können. Ein solcher Rechtsrahmen muß insbesondere so beschaffen sein, daß er eine Umwandlung ökonomischer Macht in politische Macht ermöglicht und daß er den angestrebten oder bereits etablierten Umverteilungsmechanismen einen rechtlichen Rahmen gibt, der unter den verbliebenen minimalen Möglichkeiten demokratisch nicht mehr aufgehoben werden kann.

Die organisierte Kriminalität der besitzenden Klasse wird durch eine solche Verrechtlichung nicht nur legalisiert, sondern auch zeitlich verfestigt und gegen mögliche demokratische Eingriffe abgedichtet.

Die zweite Säule besteht in der Entwicklung ausgefeilter und höchst wirksamer Techniken, durch die sich das Bewußtsein der Machtunterworfenen in geeigneter Weise manipulieren läßt. Die Machtunterworfenen sollen nicht einmal wissen, daß es - hinter der an der medial vermittelten politischen Oberfläche scheinbar demokratisch kontrollierter Macht - überhaupt Zentren der Macht gibt. Das wichtigste Ziel ist, einen gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung zu neutralisieren oder auf politisch belanglose Ziele abzulenken.

Um dies in einer möglichst robusten und beständigen Weise zu erreichen, zielen Manipulationstechniken auf weit mehr als nur auf politische Meinungen. Sie zielen auf eine gezielte Formung aller Aspekte, die unser politisches, gesellschaftliches und kulturelles Leben betreffen sowie auch unsere individuellen Lebensformen. Sie zielen gewissermaßen auf die Schaffung eines "neuen Menschen", dessen gesellschaftliches Leben in der Rolle des politisch apathischen Konsumenten aufgeht.

In diesem Sinne sind sie totalitär, so daß der große Demokratietheoretiker Sheldon Wolin zu Recht von einem "invertierten Totalitarismus" spricht, einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird. Die Techniken hierzu wurden und werden seit etwa hundert Jahren mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung der Sozialwissenschaften entwickelt, deren gesellschaftliche Blüte eng mit einer Bereitstellung von Methoden sozialer Kontrolle verbunden ist.

Ein zentrales Element dieser Techniken zur Manipulation des Bewußtseins der Bevölkerung ist die Schaffung geeigneter Ideologien, die für die Bevölkerung als Ideologien weitgehend unsichtbar sind und damit einen kaum noch hinterfragbaren Rahmen bereitstellen sollen, der allen gesellschaftlichen Erfahrungen der Einzelnen ihren Sinnzusammenhang gibt.

Den Kern dieser Ideologien, die in den vergangenen Jahrzehnten in der neoliberalen Ideologie kulminierten, bildet die Ideologie einer expertokratischen "kapitalistischen Elitedemokratie", in der kompetente und dem Gemeinwohl verpflichtete Eliten die Geschicke der Gemeinschaft in möglichst effizienter Weise lenken sollen.

Beide Entwicklungen dienen dazu, Macht unidentifizierbar und damit gleichsam unsichtbar zu machen, um unsere natürlichen psychischen Abwehrmechanismen gegen eine Fremdbestimmung zu unterlaufen. Beide sind kennzeichnend für die modernen Formen der gegenwärtigen kapitalistischen Elitendemokratien.

Wir können nur dann erfolgversprechende Strategien eines Widerstandes gegen die gegenwärtige Macht- und Gewaltordnung entwickeln, wenn wir diese neuartigen Organisationsformen der Macht hinreichend verstehen. Gleiches gilt für die Manipulationstechniken, durch die sich gezielt Eigenschaften unseres Geistes für politische Zwecke ausnutzen lassen.

*Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<*

Die Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung" ("NZZ Digital") berichtete am 30. Oktober 2018: >>Warum schweigen die Lämmer?

*Um die Demokratie zu retten, muß man erst verstehen, woran sie krankt.*

Milosz Matuschek

Milosz Matuschek ist Jurist und Publizist. Er lebt in Paris. In seiner Kolumnen zerzt er am Nerv der Zeit. Besonders interessieren ihn Fragen des Zusammenlebens der Geschlechter.

Tucholsky meinte einmal sinngemäß, daß die Masse der Menschen zwar nicht im Detail versteht, was im Staat vor sich geht, aber oft gefühlsmäßig damit richtig liegt, was falsch läuft. Um dem Volk diese intuitive Erkenntnis - heute gerne Populismus genannt - auszureden, braucht es auch in der Demokratie bestimmte Tools, nämlich Meinungs- und Empörungsmanagement. Wie kann das sein, wo doch zum Beispiel im deutschen Grundgesetz schwarz auf weiß steht, daß alle Staatsgewalt vom Souverän, dem Volk, auszugehen hat?

Die Demokratie hatte schon für Aristoteles einen Konstruktionsfehler: Wenn alle Menschen die gleiche Stimmgewichtung haben, wie verhindert man dann, daß das Heer der Besitzlosen die wenigen Reichen enteignet? Die Antwort der amerikanischen Gründerväter, wie Madison, darauf war klar: Es braucht eine Demokratieform, die es de facto denjenigen erlaubt zu herrschen, die das Land besitzen, ohne daß dies der besitzlosen Masse auffällt: Die "repräsentative Demokratie" war geboren und sie hat sich bis heute im Kern nicht verändert.

Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten.

Für die Beschreibung dieses Umstands hat sich seit der Antike ein Bild etabliert: Die Menschen sind strukturell auch in der Demokratie immer Lämmer, die einem Herdenbesitzer gehören - egal ob sie das im Alltag spüren oder nicht. Ihre Freiheit besteht darin, aus dem politischen Personal diejenigen Hirten (Politiker) auszusuchen, die sie sympathisch genug finden, um von ihnen für ein paar Jahre im Glauben belassen zu werden, daß sie doch eine Art Kontrolle haben. Das Bild der Lämmerherde findet sich als roter Faden bei Platon, Hume, Madison, Friedrich II., Tocqueville, Russell und Lasswell, ohne daß jemals detailliert beschrieben worden wäre, wie sich dieses Verhältnis konkret im Alltäglichen artikuliert.

Diese Lücke schließt nunmehr der Kognitionspsychologe Rainer Mausfeld ("Warum schweigen die Lämmer?") mit einer so schmerzhaften wie brillanten Endoskopie des gegenwärtigen politischen Systems. Mausfeld ist ein Volksaufklärer in der Denktradition Humboldts, Deweys und Chomskys, der minuziös dechiffriert, was sonst viele Bürger nur als Grundgefühl hegen: Etwas ist hier faul.

Mausfeld beschäftigt sich mit dem häßlichen Arsenal, das in Demokratien genutzt wird, um die lobotomisierte Herde auf Kurs zu halten: Meinungs- und Empörungsmanagement, Denunziationsbegriffe zur Kanalisierung der öffentlichen Meinung, Soft-Power-Techniken und Nudging, um die Details der Umverteilung von unten nach oben zu verbergen.

Massenmedien, so Mausfeld in Anlehnung an Paul Lazarsfeld, seien daran mit schuld, hätten sie doch eine narkotisierende Wirkung und vermittelten die Illusion der Informiertheit. Skandale blitzen hier und dort allenfalls noch kurz auf, bleiben aber letztlich folgenlos. Hat sich die Demokratie tatsächlich längst in eine Plutokratie mit demokratischer Fassade verwandelt, ist die Refeudalisierung längst im Gange?

Egal ob es um das gelockerte Datenschutzrecht für Big-Data-Firmen, den Cum-Ex-Skandal, das gegenwärtige Herumeiern bei Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien oder den großangelegten Betrug der Autoindustrie an den Diesel-Kunden geht: Die Bilanz der letzten Jahre in Sachen Gleichheit vor dem Recht sieht verheerend aus.

Mausfelds Buch ist ein Weckruf zur rechten Zeit: Der Demokratie laufen die Demokraten davon, während die Termiten unter den politischen Kräften begeistert an ihren morschen Rümpfen nagen. Die Zeit zur umfassenden Renovierung des Systems wird knapp. Dank Mausfeld wird nun endlich klar, wo jeder ansetzen kann, um die Demokratie zu retten: bei sich selbst.

...<<



Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 9. Dezember 2018 (x951/...):

>>**Gezielte Zersetzung**

**Die von den Eliten organisierten gesellschaftlichen Spaltungen ... dienen der Herrschaftssicherung.**

*von Rainer Mausfeld ...*

Schon vor mehr als 250 Jahren drückte der große schottische Philosoph David Hume seine Verwunderung über die Leichtigkeit aus, mit der eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann. Nur durch Beherrschung der Meinung könne es, Hume zufolge, zu einer solchen Situation kommen. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Denn demokratische Gesellschaftsformen sind für die tatsächlichen Zentren der Macht nur akzeptabel, wenn sie sich so gestalten lassen, daß sie für die Machtausübenden risikofrei sind.

Dies setzt voraus, daß diese die öffentliche Meinung in allen politisch relevanten Bereichen beherrschen können. Folglich stellt ein Meinungsmanagement in kapitalistischen Demokratien, die empirischen Studien zufolge in Wirklichkeit Wahloligarchien sind, eine der wichtigsten Herrschaftstechniken dar ...

Nun kann es Situationen geben, in denen Meinungsmanagement allein nicht mehr ausreicht, Demokratie für die wirklichen Zentren der Macht risikofrei zu gestalten. Daher wurde seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung von Psychologie und Sozialwissenschaften versucht, Techniken zu entwickeln, durch die sich auch andere psychische Bereiche beeinflussen und kontrollieren lassen.

Schon früh erkannte man, daß sich in der Bevölkerung trotz systematischer Manipulation von Meinungen ein politisches Veränderungsbedürfnis aufstauen kann, das sich gegen die Zentren der Macht zu entladen droht. Daher mußten Techniken entwickelt werden, durch die sich eine solche Veränderungsenergie neutralisieren, noch besser: spalten und zersetzen läßt.

Derartige Techniken wurden bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr erfolgreich eingesetzt, um die Arbeiterklasse sozial zu spalten und Gewerkschaften zu zersetzen. Über eine systematische Erzeugung von Falschidentitäten lassen sich soziale Spaltungen besonders wirksam bewerkstelligen.

Beispielsweise wurden damals raffinierte Methoden entwickelt, die dem Ziel dienen, daß Arbeiter sich nicht mehr mit ihrer sozialen Klasse identifizieren, sondern mit ihrem Arbeitgeber. Seitdem wurden diese psychologischen Techniken beständig erweitert und verfeinert - eine Entwicklung, die im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Eine ausgesprochen wirksame Methode, emanzipatorisches Veränderungspotential durch Spaltung zu neutralisieren, beruht auf einer recht einfachen Methode der Verklammerung. Wenn man nämlich Maßnahmen und Ziele, die mit moralischen und humanitären Werten verbunden sind, in geeigneter Weise mit Maßnahmen verklammert, die im Dienste imperialer oder ökonomischer Interessen stehen, so lassen sich humanitäre Maßnahmen gleichsam als Trojanische Pferde nutzen, um in nahezu unsichtbarer Weise Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten keine öffentliche Zustimmung finden würden. Beispiele einer solchen Verklammerungsmethode sind der "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", der "Kampf gegen den Terror" oder das "Recht humanitärer Interventionen".

Das Gemeinsame an diesen Beispielen ist, daß sie gleichsam humanitäre Mogelpackungen sind. Sie verklammern nämlich aktuelle ernsthafte humanitäre Anliegen mit längerfristigen imperialen oder ökonomischen Interessen zu einem kaum mehr aufzuschlüsselnden Maßnahmenpaket. Der Öffentlichkeit wird dann vorgegaukelt, daß beide Aspekte unauflöslich verknüpft seien und die humanitären Ziele nur zu dem Preis zu verwirklichen seien, daß sie das Gesamtpaket akzeptiert.

Da humanitäre Anliegen in der Öffentlich eine beträchtliche Attraktivität entfalten können,

lassen sich auf diese Weise berechnete humanitäre Anliegen mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe ökonomische oder auch imperiale Interessen durchzusetzen.

Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung ist ein derartiges Verklammerungspaket, mit dem sich humanitäre Aspekte und Menschenrechte als Ermächtigungsnormen zur Durchsetzung einer Politik mißbrauchen lassen, die ökonomischen oder imperialen Interessen dient. Eine Verklammerung drängender humanitärer Anliegen mit Interessen mächtiger ökonomischer und politischer Akteure - etwa das Interesse global operierender Großkonzerne nach "flexiblem" und kostengünstigem "Humankapital" - führt nun gerade in emanzipatorischen Bewegungen oft zu inneren Spannungen und Konflikten, die sich sehr erfolgreich für Spaltungen nutzen lassen.

Zudem läßt sich der jahrhundertealte Kampf gegen die Demokratie durch eine Verklammerung humanitärer Anliegen mit Interessen einer neoliberalen Globalisierung besonders wirksam führen. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffaßt, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Für den neoliberalen Kampf gegen die Demokratie erweisen sich Themen, die mit vorgeblichen Sachzwängen der sogenannten Globalisierung zusammenhängen, als besonders geeignet, weil es aus grundsätzlichen Gründen keine globalisierten Formen von Demokratie geben kann.

Es ist nämlich, wie insbesondere Ingeborg Maus sorgfältig aufgezeigt hat, nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt.

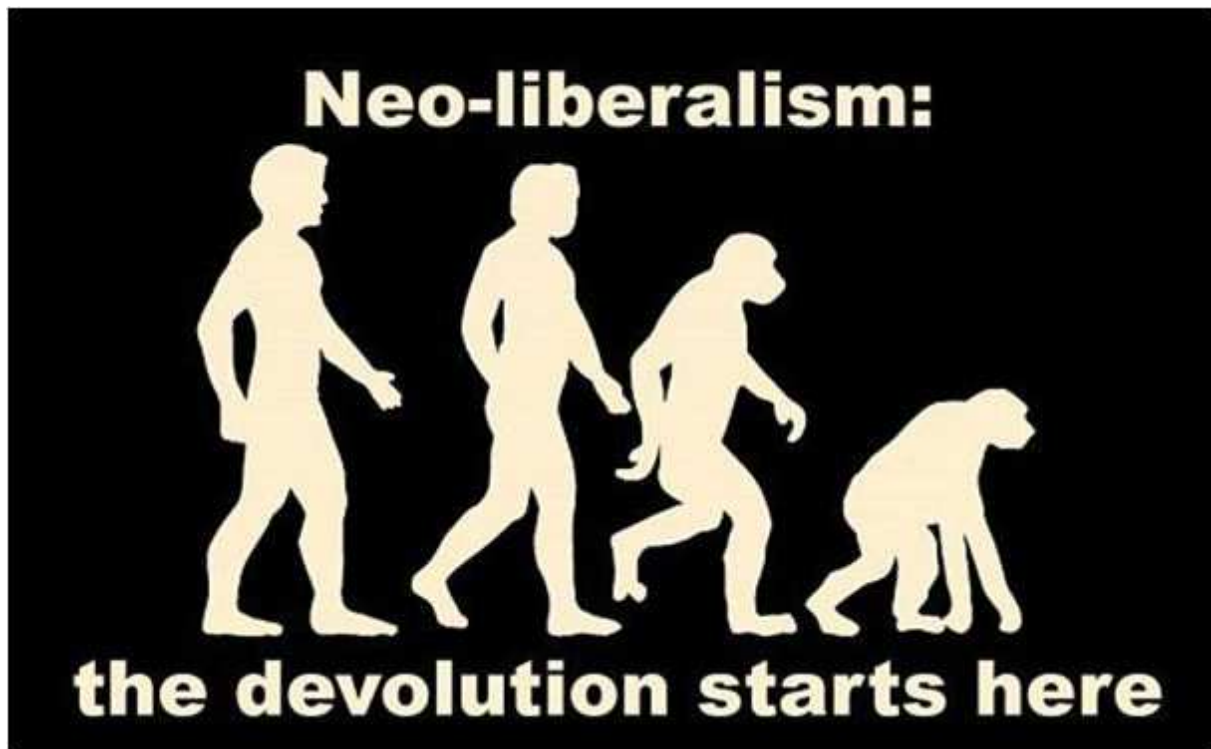
Es kann auf der Ebene der Weltgemeinschaft keinen öffentlichen Debattenraum geben, in dem unterschiedliche Partikularinteressen für ein politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Folglich kann es auf globaler Ebene auch keine Prozeduren einer demokratischen Konsensfindung und Friedenssicherung geben.

Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer. Dies gilt um so mehr, als die Zentren international operierender wirtschaftlicher Macht heute so organisiert sind, daß sie sich Gesetze, denen sie unterliegen, faktisch selber schreiben und keiner Form demokratischer Kontrolle und Rechenschaftspflicht unterliegen.

Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.

Genau dies ist natürlich den mächtigen ökonomischen Akteuren sehr bewußt. Wenn diese also - wie im UN-Migrationspakt, der auf ein Migrationsmanagement zielt und nicht auf wirkliche Bekämpfung von Migrationsursachen - globale neoliberale Interessen mit berechtigten humanitären Anliegen verklammern, so können sie mit solchen humanitären Mogelpackungen zwei lästige Fliegen mit einer Klappe (er)schlagen.

Zum einen läßt sich so demokratischen Organisationsformen längerfristig ihre Grundlage entziehen. Zum anderen eignen sich diese Verklammerungen durch die Spannungen, die sie in emanzipatorischen Bewegungen erzeugen, besonders gut, Dissens durch Spaltung einzudämmen und Veränderungsenergien, die sich gegen die Zentren der Macht richten, auf andere Ziele umzulenken und somit politisch unwirksam zu machen.



Wie lassen sich geeignete Gegenstrategien gegen Herrschaftstechniken einer Zersetzung und Spaltung von Dissens entwickeln? Dazu müssen Funktions- und Wirkmechanismen dieser Techniken sorgfältig analysiert und öffentlich behandelt werden. Gegenwärtig spricht viel dafür, daß diese emanzipatorische Aufgabe nur auf außerparlamentarischen Wegen geleistet werden kann.

*Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<*

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 14. Dezember 2018 (x950/...):

**>>Das Modell Elitendemokratie ist historisch verheerend gescheitert**

**Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln.**

*von Marcus Klöckner im Interview mit Prof. Dr. Rainer Mausfeld*

Herrschaft und Macht zu verschleiern, darum geht es in den demokratischen Systemen unserer Zeit. Zu diesem Ergebnis kommt Rainer Mausfeld bei seiner Auseinandersetzung mit Politik und Medien. Die Geschichte habe immer wieder bewiesen, wie real eine unersättliche Gier nach Macht sei, eine Tatsache, die auch heute gelte. Deshalb, so Mausfeld, müsse man auch in unserer gegenwärtigen politischen Situation Macht genau betrachten.

Streng geht Mausfeld mit den Medien ins Gericht. Zwar existiere durchaus ein kritischer politischer Journalismus, allerdings finde dieser dort seine Grenzen, wo die große Weltpolitik stattfindet. "Wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind", so Mausfeld. Ein Interview über Schein und Sein der politischen Verhältnisse.

**Marcus Klöckner:** Herr Mausfeld, bei der Auseinandersetzung mit Ihrem Buch fällt auf, daß immer wieder die Begriffe "Herrschaft", "Herrschaftsstrukturen" oder "Macht" auftauchen. In den Medien finden sich diese Begriffe, wenn es um Deutschland geht, hingegen eher selten. Oder?

**Rainer Mausfeld:** Das ist eine interessante Beobachtung. Die Kernkategorie alles Politischen, nämlich Macht, kommt in politischen Diskussionen der Leitmedien so gut wie gar

nicht vor. Und wenn, dann nur auf eine ziemlich oberflächliche Weise. Über Herrschaft und Macht redet man im Zusammenhang mit unserer Demokratie bzw. unserem "Herrschaftssystem" einfach nicht mehr. Es soll wohl der Eindruck entstehen, außerhalb des Volkes gäbe es keine Zentren politischer Macht. Also brauchen wir auch nicht darüber zu reden. Dabei ist es in unserer gegenwärtigen politischen Situation besonders wichtig, Macht genau zu betrachten.

**Marcus Klöckner:** Was bedeutet denn Macht?

**Rainer Mausfeld:** Macht heißt, daß jemand die Möglichkeit hat, seine Interessen gegen andere durchsetzen zu können und Entscheidungen zu treffen, die ihm zu Gute kommen. Wer Macht hat, kann durchsetzen, was zu seinem Vorteil ist. Macht über andere zu haben bedeutet, andere dem eigenen Willen unterwerfen zu können. Noch einmal: Macht ist die Kernkategorie des Politischen. Und deswegen ist es eigenartig und bemerkenswert, wenn Medien nicht mehr über Macht und Herrschaft reden. Das wäre so, als würde man in einer Akademie für Fische nicht über Wasser reden.

Auf jeden Fall zeigt die Geschichte, daß das Streben nach Macht dazu neigt, unersättlich zu sein. Diese Gier führt uns zu den dunklen Seiten des Menschen, und sie hat im Laufe der Zivilisationsgeschichte gigantische Blutspuren hervorgebracht. In der Zivilisationsentwicklung ging es deshalb darum, Wege zu finden, wie man Macht einhegen kann. Die zentrale Frage lautete und lautet: Wie kann man verhindern, daß eine Gesellschaft so organisiert ist, daß der Stärkere den Schwächeren seinem Willen unterwirft?

**Marcus Klöckner:** Und dabei kommt die Demokratie ins Spiel.

**Rainer Mausfeld:** Ja. Wir alle haben ein natürliches Freiheitsbedürfnis. Wir haben einen Widerwillen gegen Zwang. Wir wollen uns nicht dem Willen eines anderen unterwerfen. Dieses Bedürfnis ist die erste Quelle in der Zivilisationsgeschichte, aus der die Demokratie entstanden ist.

Die zweite Quelle ist das Bemühen, den Frieden zu sichern - und zwar den Frieden innerhalb der Nationen, also den sozialen Frieden, sowie den Frieden zwischen den Nationen. Innenpolitisch führt das zur Idee der Demokratie, außenpolitisch zur Idee eines Völkerrechts. Es ging bei diesen Bemühungen stets darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen auf friedlichem Weg in Einklang zu bringen.

Das Problem ist, daß diejenigen, die Macht haben, kein Interesse daran haben, ihre Macht abzugeben oder mit jemandem zu teilen.

**Marcus Klöckner:** Das ist im Grunde genommen eine ziemlich banale Erkenntnis.

**Rainer Mausfeld:** Das ist in der Tat eine ganz banale und offenkundige Einsicht in das Wesen von Macht - zumindest für diejenigen, die nicht ideologisch vernebelt sind.

**Marcus Klöckner:** Weiter mit Ihren Gedanken zur Demokratie.

**Rainer Mausfeld:** Die Lehre aus den Blutspuren der Zivilisationsgeschichte war immer wieder, zu versuchen, Macht einzuhegen.

Nur: Warum sollten die Mächtigen sich überhaupt darauf einlassen, ihre Macht begrenzen zu lassen oder zu teilen? Sie können ja schließlich ihre Macht auch mit physischer Gewalt durchsetzen. Dies ist jedoch mit beträchtlichen Kosten verbunden, so daß man auf eine wirkungsvollere Idee kam. Angesichts unseres natürlichen Bedürfnisses nach Freiheit und Selbstbestimmung und dem daraus resultierenden Druck des Volkes gab man diesem schließlich die Demokratie.

Genauer jedoch: Man gab ihm etwas, das oberflächlich und dem Namen nach so aussieht, jedoch so beschaffen ist, daß es den Status und die Interessen herrschender Gruppierungen nicht beeinträchtigt. Die so entstandene Form einer sogenannten Elitendemokratie hat den Vorteil, daß sie Macht und Herrschaft verschleiert und am Ende die Bürger glauben, ihre Wahlscheidungen seien für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verantwortlich, schließlich haben sie die Regierenden ja selbst gewählt.

**Marcus Klöckner:** Wie gestaltet sich nun die Realität?

**Rainer Mausfeld:** Unsere politischen Alltagserfahrungen zeigen zur Genüge, daß die Realität weit von der offiziellen Demokratierhetorik abweicht. Dieses subjektive Erleben hat auch ein solides objektives empirisches Fundament in Erhebungen der Politikwissenschaft - insbesondere die *Princeton-Studie* der Politologen Martin Gilens und Benjamin Page aus dem Jahr 2014.

Sie hat zum Vorschein gebracht, daß das durchschnittliche Stimmgewicht eines US-amerikanischen Wählers auf politische Entscheidungen praktisch bei null liegt. Das heißt: Es läßt sich in quantitativen empirischen Studien zeigen, wie illusionär in unseren kapitalistischen Elitendemokratien die Vorstellung von echter Demokratie ist. Aus diesem eindeutigen Befund müssen wir endlich angemessene Schlußfolgerungen ziehen, denn immer wieder wird behauptet, daß die Meinung der Bürger, im Einklang mit demokratischen Prinzipien, ein wesentliches Gewicht bei grundlegenden politischen Entscheidungen hätte.

Die Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, sind jedoch so gebaut, daß die politischen Präferenzen normaler Bürger nicht in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse eingehen. Auch bei uns läßt sich das bei einem Vergleich dieser Entscheidungen mit den in Umfragen erhobenen Präferenzen erkennen. Die politischen Präferenzen der Bürger liegen meist weit links von denen der Regierung. Auslandseinsatz der Bundeswehr? Beziehungen zu Rußland? Krieg? Soziale Gerechtigkeit?

In zentralen Fragen stellen Volksvertreter und Exekutive oft ganz anders die Weichen, als die Bürger es mehrheitlich wünschen. Faktisch haben also die Bürger, das war ja gerade die Leitidee einer Elitendemokratie, keinen Einfluß, sie sind politisch entmachtet.

Wolfgang Schäuble sagte einmal, Wahlen dürften den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern. Er bringt damit offen zum Ausdruck, wo die tatsächliche Grenze des Einflusses liegt, den Bürger haben.

Natürlich könnten die strukturellen demokratischen Elemente, die in unserem politischen System enthalten sind und in der Tat wichtige demokratische Elemente erkennen lassen, wie etwa Wahlen, durchaus zu einer Re-Demokratisierung genutzt werden. Aber: Derzeit werden diese Elemente neutralisiert und können sich nicht im Sinne einer Demokratisierung der Demokratie entfalten.

**Marcus Klöckner:** Welche Rolle spielen die Medien in diesem System?

**Rainer Mausfeld:** Die Leitmedien spielen bei politisch relevanten Themen überwiegend die Rolle, die Herolde früher bei Hofe gespielt haben.

**Marcus Klöckner:** Das ist eine ziemlich harte Aussage.

**Rainer Mausfeld:** Natürlich gibt es Ausnahmen, doch sind viele Journalisten so sehr mit den Machtstrukturen identifiziert, daß sie gleichsam als deren Boten agieren. Wenn wir auf die Medien blicken, ist die Situation ähnlich wie bei der Demokratie. Es gibt den Anschein, daß Medien die vierte Säule der Demokratie sind, aber dieser Anschein täuscht über die Realität hinweg. Tatsächlich sind sie in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden und damit Teil der Kräfte, die demokratische Strukturen zu unterminieren suchen. Das alles ist seit langem bekannt und empirisch gut belegt.

**Marcus Klöckner:** Es gibt doch durchaus einen kritischen politischen Journalismus. Journalisten decken Mißstände auf, Medien legen sich mit Politikern an.

**Rainer Mausfeld:** Das ist überwiegend ein Trugbild. Man muß nur hartnäckig genug die Oberfläche durchdringen, um dieses Trugbild zu erkennen. Ich will natürlich nicht bestreiten, daß es einen kritischen Journalismus gibt und Journalisten Skandale, auch politische, aufdecken. Aber auch bei diesen journalistischen Glanzleistungen gilt es dennoch, genauer hinzuschauen.

Bei allen Fragen, die nicht von hoher politischer Relevanz sind, dürfen Journalisten sich in der

Regel austoben und kritisch sein, so viel sie wollen. Aber wenn es um Themen geht, die die Stabilität der Machtzentren gefährden könnten, wird erkennbar, wie tief die Medien in ökonomische und politische Machtstrukturen eingebunden sind. Ob es um die Ukraine, um Rußland, um Syrien oder die NATO geht: das ist für Journalisten und Medien vermintes Terrain. Wer als Journalist bei einer großen Zeitung arbeitet und bei Themen wie diesen von der vorherrschenden Sicht - also der Sicht der Herrschenden - abweicht, wird große Probleme bekommen.

Um ein Beispiel anzuführen: Die New York Times hat vor einiger Zeit einen großen Bericht darüber gebracht, an wie vielen Morden die US-Special Forces beteiligt waren und wie brutal sie vorgegangen sind. Der Bericht wurde oft als Musterbeispiel zelebriert, das deutlich mache, wie offen und schonungslos in der freiesten Presse der Welt Mißstände aufgezeigt würden. Die Botschaft war klar: Für eine grundsätzliche Kritik an der Rolle unserer Medien gibt es eigentlich keinen Anlaß.

Nur: Diese Verbrechen wurden von der New York Times in einer solchen Weise berichtet und in einen solchen Kontext eingebunden, daß sie die eigentlichen politischen Verantwortlichkeiten verdeckt haben.

**Marcus Klöckner:** Konkret, was wurde verdeckt? Wie meinen Sie das?

**Rainer Mausfeld:** Es ging bei dem New-York-Times-Bericht konkret um die verdeckten Mord-Operationen der Special Forces, insbesondere des geheimnisumwobenen SEAL Team 5, das auch Osama bin Laden ermordete. Die US-Special Forces, die über einen Jahresetat von vielen Milliarden Dollar verfügen, führten, dem Bericht zufolge, überall auf der Welt verdeckte Operationen durch - auch undercover in Rollen als zivile Mitarbeiter. Mittlerweile seien sie zu einer "global manhunting machine", einer Menschenjagd-Maschine, geworden. Nun ist natürlich verständlich, daß man im Kampf gegen das Böse nicht darauf verzichten kann, auch gelegentlich die zivilisatorischen Samthandschuhe auszuziehen.

Leider hätten die Special Forces dabei jedoch etwas über die Stränge geschlagen und "Schlachtfeste an Zivilisten" durchgeführt. Mit einer solchen interpretativen Einbettung derartig systematisch durchgeführter Morde verdeckt die New York Times nicht nur die politischen Verantwortlichkeiten, sondern sie verdeckt auch die historischen Kontinuitäten, indem sie die berichteten Morde als bedauerliche Einzelfälle erscheinen läßt.

**Marcus Klöckner:** Wie meinen Sie das?

**Rainer Mausfeld:** Insgesamt wird der Eindruck erzeugt, daß die Medien ihrer kritischen Rolle als Kontrolleure der Macht gerecht geworden seien. Schließlich haben sie ja über diese schrecklichen Ausnahmeexzesse offen berichtet, doch dürfe man natürlich von solchen Ausnahmefällen nicht darauf schließen, daß die entsprechenden staatlichen Apparate nicht von noblen Absichten getragen seien. Kurz: Trotz solcher scheußlicher und bedauerlicher Einzelfälle stehe im Grund politisch alles bestens.

**Marcus Klöckner:** Das heißt: Das Blatt berichtet zwar journalistisch kritisch über einen großen Skandal, zeigt auf, legt dar, aber die Kritik bewegt sich nur an der Oberfläche, weil die politisch Verantwortlichen nicht in den Vordergrund gerückt werden?

**Rainer Mausfeld:** Ja, das ist der Punkt. Eine solche Form der Kritik fördert die gedankliche Fragmentierung, weil sie die Vorgänge aus ihrem eigentlichen Sinnzusammenhang löst. Sie blockiert geradezu unsere Möglichkeiten, angemessene Schlußfolgerungen aus den berichteten Vorgängen zu ziehen. Nach einer kurzen öffentlichen Empörung ist dann auch alles schnell wieder vergessen. Bis zum nächsten bedauerlichen Einzelfall. Mit der Einzelfallrhetorik wird ein Interpretationsrahmen angeboten, der die eigentlich politisch Verantwortlichen gerade verbirgt.

Im Übrigen machte sich die New York Times auch das Argument zu eigen, daß ähnlich wie Drohnenmorde auch die verdeckten Operationen der Special Forces eine sehr effiziente Alter-

native zu kostspieligen Kriegen seien. Um wirksam zu sein, brauche man dazu nun einmal ein Bollwerk der Geheimhaltung um derartige Mordoperationen. Die New York Times bekräftigt damit die Kultur der Verantwortungslosigkeit, die bereits weite Bereiche der Staatsapparate durchzieht - und der Wirtschaft ohnehin. Die strukturell systematisch erzeugten Formen einer Verantwortungsdiffusion entziehen also weite Bereiche unserer Gesellschaft grundsätzlich jeder demokratischen Kontrolle.

**Marcus Klöckner:** Welche Möglichkeiten haben denn die Bürger, um die Demokratie zu stärken?

**Rainer Mausfeld:** Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, denn Demokratie muß von unten errungen und kontinuierlich erhalten werden. Eine konkrete Antwort auf diese Frage zu geben, ist schwierig und banal zugleich. Denn natürlich hat jeder von uns in seinem sozialen Lebensbereich eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Zugleich wächst das Gefühl, daß unter den gegenwärtigen Organisationsformen der Macht Veränderungsenergien nicht mehr nach oben wirksam werden, es wächst also ein Gefühl der Aussichtslosigkeit. Dieses Gefühl gezielt zu fördern, war und ist bekanntlich seit jeher ein wichtiger Bestandteil eines Demokratiemanagements.

Wir müssen uns also damit auseinandersetzen. Das wird gerade unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung nicht einfach sein. Und es kann dafür keine allgemeinen einfachen Rezepte geben. Zwar könnte man hier auf Antonio Gramscis Bemerkung verweisen, daß uns auch bei einem Pessimismus des Intellekts der Optimismus des Willens bleibt. Leider hilft das jedoch auch nicht sonderlich, eine konkrete Antwort auf Ihre Frage zu geben. Es hilft jedoch, den Blick darauf zu lenken, daß so oder so die Zukunft unserer Gesellschaft von uns abhängt, von unserer Duldung und unserem Schweigen oder aber von unserem Veränderungswillen.

**Marcus Klöckner:** Ihr Buch zeigt ein Lamm auf dem Titel, das zusammengebunden ist. Warum dieses Bild?



**Rainer Mausfeld:** Das Lamm symbolisierte schon in der alten jüdischen Tradition das Tier,

das vor seinen Scherern verstummt. Allgemeiner symbolisierte es Unschuld und Ahnungslosigkeit gegenüber bösen Absichten. Im Bereich des politischen Denkens kam, vor allem in der griechischen Tradition, noch die Metapher von Herde und Hirte hinzu.

Das Buchcover zeigt ein Bild des spanischen Barockmalers Francisco de Zurbarán. In einem politischen Kontext aktiviert das gefesselte Lamm beim Betrachter vermutlich weitverbreitete Gefühle einer politischen Ohnmacht und eines Ausgeliefertseins - Gefühle, die auch mir gegenüber immer wieder in Gesprächen und Diskussionen zu meinen Vorträgen artikuliert werden.

Viele Menschen haben das Gefühl, daß die Politik der neoliberalen Alternativlosigkeit sie und nachfolgende Generationen um ihre Zukunftsplanung betrogen hat. Die neoliberale Transformation der Gesellschaft mit ihrer Ideologie des 'flexiblen Menschen', der seine Fremdverwertbarkeit durch den Markt zu optimieren habe, hat eine tiefe Verunsicherung in der Gesellschaft hervorgebracht. Eine Verunsicherung und soziale Ängste, die - wie vielfach aufgezeigt wurde - gezielt und systematisch erzeugt wurden.

**Marcus Klöckner:** Die Planungssicherheit ist bei vielen Menschen unter dem Neoliberalismus verlorengegangen.

**Rainer Mausfeld:** Absolut, nicht zu vergessen die Erhöhung beruflicher Unsicherheit, die Schaffung sozialer Verhältnisse, unter denen viele nicht mehr wissen, wie lange sie sich noch ihre Wohnung leisten können und vieles andere mehr hat natürlich eine massive Auswirkung auf das politische Verhalten und auf die Bereitschaft zu einer politischen Partizipation der Bürger. Soziale Ängste engen den Denkraum auf die Dinge ein, die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendig sind.

**Marcus Klöckner:** Sie meinen also, daß unter den gegebenen Umständen viele Bürger einfach gar nicht mehr den Kopf haben, um sich politisch zu engagieren?

**Rainer Mausfeld:** Für politische Fragen des Gemeinwohls und damit für Demokratie läßt für viele die gegenwärtige Realität keinen Platz. Im Gegenteil: Abstiegsängste, Gefühle eines sozialen Kontrollverlustes, Ängste, die mit Gefühlen eines Identitätsverlustes und ähnlichem verbunden sind, lassen die Bereitschaft wachsen, Gefühle der Ohnmacht in dunklen menschlichen Kanälen rassistischer und nationalistischer Ressentiments zu entladen.

Das Aufblühen des Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Alternativlosigkeit. Zugleich sucht nun die neoliberale 'Mitte' den von ihr beförderten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.

Die systematische Erzeugung von Angst ist ja seit jeher ein wichtiges Herrschaftsinstrument.

**Marcus Klöckner:** Ihre Ausführungen lassen wohl keinen optimistischen Ausblick zu, oder?

**Rainer Mausfeld:** Ein realitätsleerer Optimismus mag sich gut anfühlen, kann uns hier jedoch nicht helfen. Gesellschaftlicher Optimismus muß auf Einsicht in die politische Realität gegründet sein und mit einem ernsthaften Veränderungswillen einhergehen. Jedenfalls wird es nicht einfach, diesen Zirkel und die mit ihm verbundenen Ohnmachtsgefühle zu durchbrechen. Historisch waren es häufig gerade zivilisatorische Katastrophen, die die Bereitschaft erhöhten, Macht und ihre Exzesse einzuhegen und grundlegende Änderungen der Gesellschaftsorganisation durchzuführen.

Diese Möglichkeit, zur Vernunft zu kommen, ist uns heute wohl versperrt, denn der nächste große Krieg wird vermutlich der letzte sein. Wir müssen uns also auf anderen Wegen zu der Einsicht durchringen, daß das ideologische Modell, auf dem unsere gesellschaftliche Macht- und Gewaltordnung basiert, mindestens genauso gescheitert ist wie das ideologische Modell der damaligen Sowjetunion.

Wir haben jetzt seit über 50, ja 100 Jahren eine kapitalistische Elitendemokratie, deren zerstörerische Wirkungen in unserer Gesellschaft und auf dem Planeten mehr und mehr zutage tre-



ten. Immer mehr Bürger erkennen oder erahnen dies, andere können oder wollen es nicht sehen und suchen, apathisch oder trotzig, ihren Status quo zu retten, wie mancher Passagier auf der Titanic. Das Modell Elitendemokratie ist jedenfalls, daran kann bei nüchterner Betrachtung wohl kein Zweifel bestehen, in verheerendem Maße historisch gescheitert.

Diese Einsicht wird interessanterweise offensichtlich auch von den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Zentren der Macht geteilt. Nur daß sie daraus entgegengesetzte Konsequenzen ziehen: Sie verzichten nämlich zunehmend vollends auf eine Demokratierhetorik und bedienen sich lieber einer Sicherheits- und Stabilitätsrhetorik, mit dem Ziel, die Bürger zu einer weiteren Selbstentmündigung zu verleiten, sodaß die Widerstände gegen die Errichtung eines autoritären Präventions- und Sicherheitsstaats möglichst gering sind.

Wir stehen also gegenwärtig, was die Gestaltung unserer Gesellschaft angeht und was unsere Zukunft allgemein betrifft, an mehreren Scheidewegen: gesellschaftlich, hinsichtlich einer Friedenssicherung sowie ökologisch. In solchen Situationen stellt auch ein Nichthandeln bereits eine Entscheidung dar. Für unser Nichthandeln tragen wir in gleicher Weise Verantwortung wie für unser Handeln. Wie die Zukunft aussehen wird, liegt also in unserer Hand. Möglichkeiten zum politischen Handeln gibt es genug. Wir müssen uns nur entschließen, sie zu ergreifen. ...

*Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<*

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 26. März 2019 (x952/...): >>**Der Parteien-Staat**

### **Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert**

*von Jochen Mitschka*

Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!

Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.

Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."

Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. Bei seinen Argumentationen, die er auf seiner Seite *gewaltenteilung.de* darlegt, macht Hochschild jedoch einen Fehler. Denn wenn er feststellt, daß es statt drei Säulen der Gewaltenteilung nur zwei gäbe, übersieht er eine gewichtige Tatsache.

Eigentlich gibt es nur eine einzige Säule der staatlichen Gewalt in Deutschland. Rechnet man die Medien nun noch als Gewalt im Staat hinzu - als sogenannte "vierte Gewalt", ergäbe das wieder eine zweite Säule - wenn sich denn die Interessen derjenigen, welche die Macht über den Großteil der Medien haben, von jenen Interessen unterscheiden, welche die Parteien bei Ausübung der Staatsmacht verfolgen.

### **Die Justiz**

Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist,

und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.

Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.

Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.

Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.

So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:

"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht ausgesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.

... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehemals Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. Wenn eine Studie der Universität Mannheim enthüllt, daß sich höchste Richter "bei ihren Entscheidungen manchmal auch von ihrer Parteinähe leiten" lassen, sollte das daher niemanden überraschen (LTO-Artikel).

Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite *gewaltenteilung.de* einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.

Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.

Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

### **Die Exekutive**

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.

Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhand-

lungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.

Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.

Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

### **Die Legislative**

Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorge-schrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Ge-setzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.

Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Kon-sens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderun-gen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.

Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Frakti-onszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rück-sicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.

Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Hol-ding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgege-bene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.

Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit die-sen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.

Hochschild schreibt in seinem Fazit:

"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.

Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."

Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

### **Die Medien**

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1

Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.

"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten ...'

Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.

Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen' (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).

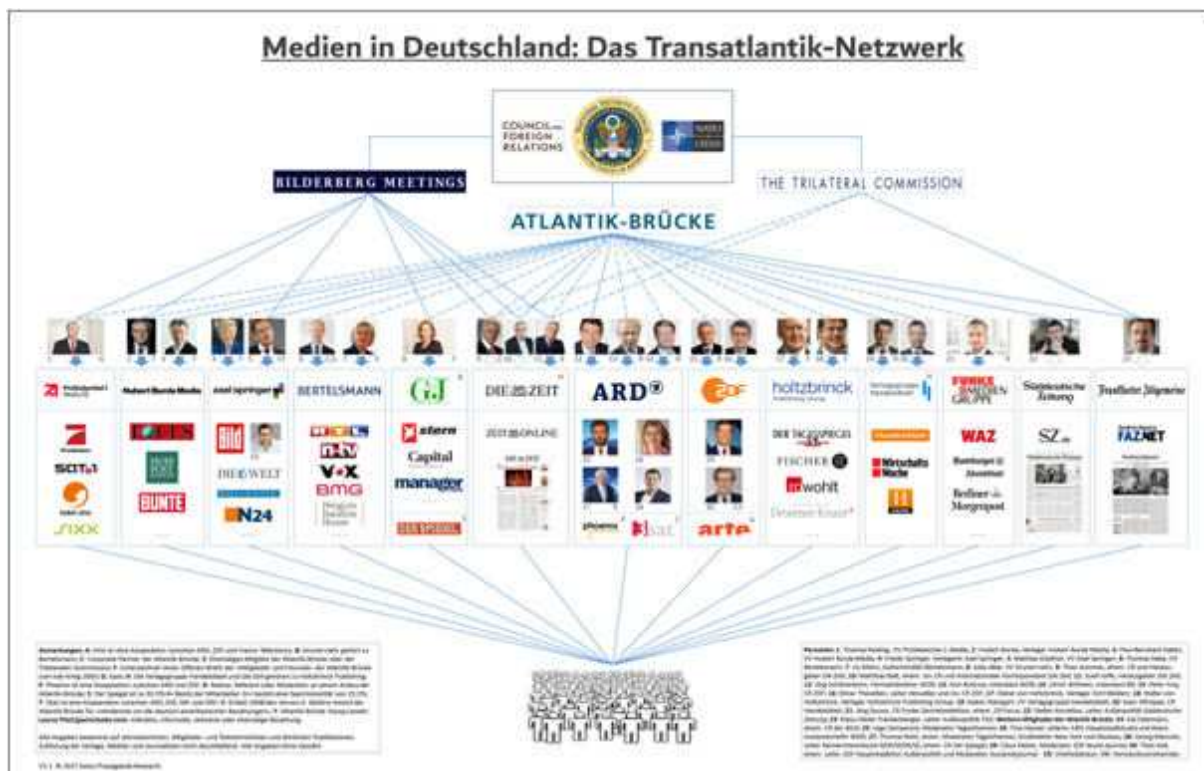
Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.

Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".

"Das Modell eines Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hat versagt. Auch darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Nicht nur die privaten Medien beklagen unfairen Wettbewerb, auch das Verfassungsgericht befand die Einflußnahme der Parteien, im Sinne des Grundgesetzes, als zu groß. Und wer die schwache Rolle von Gewaltenteilung kennt, kann sich vorstellen, was ein solches Urteil wirklich bedeutet. Die Konsumenten ihrerseits sehen die GEZ-Gebühren als Zwang an, ohne daß sie dadurch einen Einfluß darauf erhalten, was ihnen vorgesetzt wird".

Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. Wer die derzeitige Berichterstattung zu Venezuela beobachtet, wird dem kaum widersprechen können.

**Medien in Deutschland:** Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Überblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen. Grafik: © *SWISS PROPAGANDA RESEARCH*.



Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.

"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".

Wie uns die klassische Satire-Sendung "Die Anstalt" in mehreren Beiträgen nahe gebracht hat, existiert keine echte Pluralität der Meinung mehr in den Medien. Vielmehr sind es große Konzerne, welche die Weltbilder, die für sie wichtig sind, durch ihre Medien verbreiten. Fünf Verlage kontrollieren mehr als die Hälfte der Medien. Und alle sind sich einig in den grundsätzlichen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Notwendigkeit zu mehr Rüstung, dem gesellschaftlichen Nutzen der "unsichtbaren Hand des Marktes" oder unserer "gemeinsamen Werte" mit den USA.

**Der Medien-Navigator 2018:** Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2019 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: Januar 2019). **Grafik:** © SWISS PROPAGANDA RESEARCH.



Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. Sehen wir den letzten Satz im vorherigen Absatz und beobachten wird die Entscheidungen der Regierung:

Zu Rüstung: Ausgaben verdoppeln auf einen Betrag, der den der Atommacht Rußland übersteigt. Zur unsichtbaren Hand des Marktes: die deutsche Lohnpolitik muß "marktgerecht" sein. Und wer die bedingungslose Vasallentreue hinsichtlich der Befolgung von US-Politik im Fall Venezuelas beobachtet, wird auch hierin die "gemeinsamen Werte" erkennen.

Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

### Fazit

Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.



Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.

Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.

Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.

Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.

*Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. ... Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er ... Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg"; "Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<*

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. veröffentlichte am 22. Mai 2019 folgende Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes (x934/...): >>Erika Steinbach zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes

**Geburtstagskind in Not – Anmerkungen zum siebzigsten Geburtstag des Grundgesetzes**

*Von Erika Steinbach - Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.*

... Nach der Wiedervereinigung gab es die Forderung nach einer gänzlich neuen Verfassung. Um etwa erforderlichen, zwingenden Änderungsbedarf festzustellen oder gar eine neue Verfassung einzufordern, wurde durch Bundesrat und Bundestag die Gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern eingesetzt.

Das Gremium kam zu der Erkenntnis, daß größere Änderungen auch nach der Wiedervereinigung entbehrlich seien und daß es aus rein juristischer Sicht keiner Volksabstimmung über das Grundgesetz bedürfe. Allerdings wies es in dem Bericht auch darauf hin, daß die Durchführung eines Volksentscheids über das Grundgesetz durchaus eine integrierende Wirkung zwischen Politik und Bürgern haben könnte.

Wir leben also bis zum heutigen Tage auf dem juristischen Fundament, das die Verfassungsväter und Mütter in schwierigster Zeit auf den Weg gebracht haben.

Was heutzutage beunruhigen muß, ist die blanke Feststellung, daß über elementare Teile des Grundgesetzes selbst die Bundeskanzlerin vorsätzlich hinweggeht. Die Aussage der Bundeskanzlerin, "Das Volk ist jeder, der in diesem Lande Lebt" ist zutiefst verfassungswidrig. Nicht jeder, der sich aus irgendeinem Teil der Welt hier legal oder illegal niedergelassen hat, gehört zum Volk. Unser Grundgesetz ist darin eindeutig.

Das Grundgesetz bestimmt in seinen Artikeln 20 und 116 das glatte Gegenteil. Und das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Oktober bereits 1990 dazu klargestellt, daß Artikel 20 ABS.2 Satz 1 bestimmt, daß das Staatsvolk unseres Landes Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist und das Staatsvolk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, nach dem Grundgesetz von den Deutschen, also den deutschen Staatsangehörigen und den ihnen nach Artikel 116 gleichgestellte Personen gebildet wird.

Noch niemals zuvor seit 1949 hat ein Kanzler an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Norm der Verfassung so mir nichts, dir nichts einfach vom Tisch gewischt. Dabei handelt es sich beim Artikel 20 um einen Artikel mit Ewigkeitsgarantie, der nicht einmal mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden könnte. Die Kanzlerin unseres Landes hat hiermit eine rote Linie überschritten. Allerdings nicht erstmals.

Daß bindende Gesetze seitens der Kanzlerin in diktatorischer Selbstherrlichkeit freihändig mißachtet werden, ist keine Ausnahme. Seit 2005 hat die Kanzlerin mehrfach Entscheidungen gegen gültiges Recht und Gesetze getroffen: Von der Eurorettung über den abrupten Atomausstieg innerhalb von nur drei Tagen bis zur rechtswidrigen, unkontrollierten Aufnahme von inzwischen an die zwei Millionen Migranten reichen die autokratischen Entscheidungen, die unserem Land dauerhaft schwere Lasten aufbürden. Sie hat Deutschland massiven Schaden zugefügt.

Damit hat die Bundeskanzlerin massiv gegen den in Artikel 5 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Amtseid verstoßen. Der da lautet:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, daß Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe".

Deutschland ist auf dem Fundament des Grundgesetzes ein Rechtsstaat. Jeder, der in unserem Lande lebt, hat unsere Gesetze zu respektieren und sich nach ihnen zu richten. Politiker, und insbesondere die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, haben in der Gesetzes-treue Vorbild zu sein. Eine Kanzlerin, die sich öffentlich gegen elementare Rechtsgrundlagen unseres Staates stellt und sie aktiv mißachtet, hat im Grunde ihr Amt verwirkt.

Beunruhigend daran ist, daß das laut Grundgesetz zuständige Kontrollgremium über die Handlungen der Bundesregierung, nämlich der Deutsche Bundestag, all das hinnimmt und damit die ihm aufgebene Verpflichtung nicht erfüllt.



Seit 70 Jahren leben wir in einem demokratisch verfaßten Staat. Dafür steht das Grundgesetz. Keine Demokratie der Welt kommt ohne das Recht der Meinungsfreiheit aus. Wo es keine Meinungsfreiheit gibt, da ist demokratisch formulierte Gesetzgebung reine Makulatur. Am Status der Meinungsfreiheit läßt sich der Zustand eines Staatswesens signifikant erkennen. Hier entwickelt sich Deutschland in eine zutiefst beunruhigende Richtung. Immer weniger Menschen wagen, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern offen auszusprechen aus Angst, stigmatisiert zu werden.

Der Umgang mit Männern wie Thilo Sarrazin oder Hans Georg Maaßen macht schlaglichtartig deutlich, wie mit nicht Mainstream konformen Überzeugungen brachial umgegangen wird. Da paßt das Motto, bestrafe einen, erziehe Hunderte. Leider zeigt das erkennbar Wirkung.

Im Bereich unseres wunderbaren deutschen Wortschatzes werden mehr und mehr Begriffe aussortiert, indem man sie stigmatisiert. Seit Jahren zunehmend.

Den Vogel hat der Mann abgeschossen, der seitens der Bundesregierung seit kurzer Zeit für den Schutz der Verfassung zuständig ist: der neue Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Er will, so sagte er, mit seiner Behörde dafür sorgen, daß die Grenze zwischen legitimem Protest und Extremismus wieder deutlich erkennbar wird. Er versteigt sich dazu, festzustellen, daß die "Neue Rechte" bewußt nicht mehr von "Rasse" spräche, sondern statt dessen von "Identität, Kultur und Ethnien".

Dieser sogenannte Verfassungsschützer trägt vorsätzlich dazu bei, nicht nur Meinungsfreiheit, sondern mit der Stigmatisierung dieser Unterscheidungsvokabeln auch Wissenschaft und Forschung zu begrenzen.

Eine Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist nur noch eine Pseudo-Demokratie. Mit diesem Verfassungsschutzpräsidenten hat die Bundesregierung gewollt den Bock zum Gärtner gemacht. Das muß uns alle in diesem Jubiläumsjahr des Grundgesetzes zutiefst beunruhigen.

Was die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes anbelangt, ist Gefahr im Verzug.

Es gibt ein wunderbares Volkslied:

"Freiheit die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm' mit Deinem Scheine, süßes Engelsbild. Magst du nie dich zeigen der bedrängten Welt, führst Deinen Reigen nur am Sternenzelt."

Im siebzigsten Jahr des Grundgesetzes erleben wir ein Geburtstagskind in Not. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2019 berichtete im Oktober 2019:

>>**Demokratie ohne Volk**

*\_von Daniell Pföhringer*

... **Berliner Scheindemokratie**

In jüngerer Zeit ist es vor allem der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, der sich als Parteienkritiker einen Namen gemacht hat. ...

In seinem Werk *Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun* (2008) kommt er zu dem erschreckenden Befund, daß sowohl der Regierung als auch dem Parlament über weite Strecken die demokratische Legitimation fehlen. Letzteres komme seiner Funktion als Kontrollinstanz nur ungenügend nach, das freie Mandat sei "nur noch schöner Schein", die Volkssouveränität "eine Fiktion zur Ruhigstellung" der Bürger, die Wahlen eine Veranstaltung "politischer Kartelle".

Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers hätten sich die großen Parteien den Staat zur Beute gemacht, betrachteten ihn als Selbstbedienungsladen und überlagerten - obwohl sie laut Grundgesetz zwar an der politischen Willensbildung mitwirken sollen, diese jedoch nicht allein bestimmen dürfen - alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Der gebürtige Darmstädter findet es gut, daß ein neuer Akteur auf den Plan getreten ist, der unabhängig vom Polit-Establishment agiert. "Daß es die AfD gibt, entspricht durchaus dem Sinn der Wettbewerbsdemokratie", so von Arnim in einem Interview mit der Welt . ...

Mehr Macht dem Bürger

Man sollte jedenfalls nicht allein auf das Instrument Partei setzen. Der Wirtschaftswissenschaftler Thorsten Polleit sieht den Ausweg aus der Sackgasse sogar nur "in einer rigorosen Machtbeschneidung der Parteien" durch die Einführung von Volksentscheiden und Direktwahlen.

"Damit solche Änderungen eine Umsetzungschance haben, bedarf es der Rückbesinnung auf die ursprüngliche Idee der Demokratie. Sie steht nicht für Herrschaft der Mehrheit, sondern für den Schutz der Minderheit - und das individuelle Recht auf Selbstbestimmung", mahnt der Chefökonom der Degussa und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth in einem Essay für die Wirtschaftswoche (im März 2019) an.

Er schreibt: "Wollen wir die Demokratie buchstäblich am Leben erhalten, müssen wir daher mittel- und langfristig größer denken - oder besser gesagt: kleiner. Müssen Absetzbewegungen, Sezessionen, Aufspaltungen - kleineren politischen Einheiten den Weg bereiten." Solche Entitäten seien "offen und friedfertig", sie müßten ihre "Bürger und Unternehmer pfleglich, das heißt, als Citoyen und Leistungserbringer behandeln", um ihren Rückzug oder gar ihre Abwanderung zu verhindern.

Polleit, der sicherlich ein Gemeinwesen wie die Schweiz vor Augen hat, kommt zu dem Schluß: "Politische Kleinheit verspricht nicht nur höheren Wohlstand, sondern auch ein Plus an Identität und unmittelbarer "Staatsnähe". Aber auch räumliche Nähe zwischen Regierten und Regierenden hilft, Mißstände im Keim zu ersticken und wirksam zu sanktionieren. Robert Michels' "ehernes Gesetz der Oligarchie" würde auch in kleinen Demokratien wirksam bleiben, gewiß. Aber seine Auswirkungen ließen sich leichter adressieren - und direktpolitisch minimieren."

Doch wie sah es Michels selbst? Er schrieb etwas ratlos: "Die immanenten Nachteile der Demokratie sind nicht zu verkennen. Trotzdem ist als Form die Demokratie das geringere Übel. Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen. Aber wo ist sie zu finden?" Eine Frage, die auch Kritiker des Parteienstaates beantworten müssen.<<